

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Dokumentationsdienst  
3003 Bern  
Tel. 031 322 97 44  
Fax 031 322 82 97  
doc@parl.admin.ch

---

79.075 Zeitgesetz

---



**Andermatt**, Berichterstatter: In diesem Artikel sollen nun der durchschnittliche Personalbestand der PTT-Betriebe sowie jener der Bundesverwaltung festgehalten werden. Es ist dabei zu bemerken, dass schon bisher die Postkreise und die Telefonkreise nicht vom Personalstopp betroffen waren, der Personalstopp galt nur für die Generaldirektion und die zentralisierten Betriebe. Wenn nun dieser Artikel aufgenommen wird, wird der Personalbestand der PTT-Betriebe punkto Personalstopp der Bundesverwaltung gleichgestellt. Ich empfehle Ihnen Zustimmung zu diesem Artikel 1 a.

*Angenommen – Adopté*

#### Art. 2, 3

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

#### Postulat der Kommission

##### PTT. Deckung der Auslagen für Radio und Fernsehen

Der Bundesrat wird eingeladen zu prüfen, ob nicht bereits für die Jahre 1980 und folgende die volle Deckung der Auslagen der PTT für Radio und Fernsehen angeordnet werden könnte. Er hat hierüber einen Bericht zu erstatten.

#### Postulat de la commission

##### PTT. Couverture des dépenses pour la radiodiffusion et la télévision

Le Conseil fédéral est prié d'examiner s'il est possible d'ordonner que les dépenses des PTT pour la radiodiffusion et la télévision soient entièrement couvertes en 1980 déjà et pour les années suivantes.

Il doit faire rapport aux Chambres fédérales à ce sujet.

**Präsident:** Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Wird aus der Mitte des Rates das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Sie haben dem Postulat zugestimmt.

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Beschlussentwurfes

34 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Nationalrat – Au Conseil national*

*Schluss der Sitzung um 10.40 Uhr*

*La séance est levée à 10 h 40*

## Vierte Sitzung – Quatrième séance

**Donnerstag, 29. November 1979, Vormittag**

**Jeudi 29 novembre 1979, matin**

8.00 h

*Vorsitz – Présidence: Herr Ulrich*

79.075

### Zeitgesetz

### Heure suisse. Loi

Botschaft und Beschlussentwurf vom 14. November 1979  
(BBI III, 1005)

Message et projet d'arrêté du 14 novembre 1979 (FF III, 1001)

*Antrag der Kommission*

Eintreten

*Antrag Gerber*

Nichteintreten

*Proposition de la commission*

Entrer en matière

*Proposition Gerber*

Ne pas entrer en matière

**Weber**, Berichterstatter: Es handelt sich bei dieser Vorlage um einen zweiten Versuch mit einem Zeitgesetz, bei total veränderten Voraussetzungen:

1. Dem Bundesrat soll die Möglichkeit gegeben werden, die Sommerzeit einzuführen, wenn alle unsere Nachbarländer dies auch tun.
2. Die mitteleuropäische Zeit soll gesetzlich verankert werden.

Italien, Spanien, Grossbritannien, Portugal und Griechenland kennen die Sommerzeit seit Jahren. 1976 führten sie auch Frankreich, Belgien, Luxemburg und Holland ein. Bereits 1977 erwogen die Bundesrepublik und Oesterreich, sich dieser Praxis anzuschliessen. Im Blick auf diese Vorhaben unserer Nachbarstaaten unterbreitete der Bundesrat den eidgenössischen Räten 1977 die erste Vorlage für ein Zeitgesetz. Er wollte damit verhüten, dass unser Land zu einer Zeitinsel im Herzen Europas wird. Die Zielsetzung war schon damals die gleiche, wie sie nun auch der neuen Vorlage wieder zugrunde gelegt ist.

Dieses Gesetz hätte also dem Bundesrat die Kompetenz einräumen sollen, die Sommerzeit dann – und erst dann – einzuführen, wenn alle massgeblichen Handels- und Verkehrspartner in Europa dies ebenfalls tun. Die Vorlage löste keine Begeisterung aus. Immerhin stimmte der Ständerat dem Gesetz in der Schlussabstimmung mit 34 : 1 Stimme zu, der Nationalrat folgte mit 116 : 32 Stimmen. In beiden Räten waren das ganz deutliche Mehrheiten.

In landwirtschaftlichen Kreisen war man nicht einverstanden mit diesen Beschlüssen. Das Referendum wurde ergriffen, in der Abstimmung vom Mai 1978 hat das Schweizervolk mit 886 000 gegen 963 000 Stimmen die Annahme der Vorlage knapp verweigert.

Am 17. Oktober 1979 erklärte nun die Bundesrepublik, in Angleichung an die DDR, überraschend, sie werde ab April 1980 die Sommerzeit einführen. Das lässt sich in unseren Nachbarstaaten natürlich viel einfacher bewerkstelligen, weil das dort mit einer Erklärung «in Ordnung ge-

bracht» wird. Bei uns ergibt da der demokratische Weg eine etwas schwierige Situation. Oesterreich zog sofort nach. Alle EG-Staaten werden also 1980 die Sommerzeit kennen und mit ihr leben und wirken. Da auch die meisten osteuropäischen Staaten mit grösster Wahrscheinlichkeit folgen werden, läuft die Schweiz wirklich Gefahr, in Europa zu einer «Zeitinsel» zu werden.

Mit dem Bundesrat ist die Kommission der Auffassung, dass sich die Schweiz das nicht leisten kann. Die beinahe unüberbrückbaren, schon heute voraussehbaren Schwierigkeiten bei Bahnen, Post, Fluglinien, Telefon, Telex, Radio, Fernsehen und im Tourismus sowie in andern Gebieten werden ein schlimmes Chaos heraufbeschwören, wenn – gern oder ungern – hier nicht mitgemacht wird.

Wir sind uns der Nachteile bewusst, die die Einführung der Sommerzeit für die Landwirtschaft bringt. Wir möchten diese keineswegs bagatellisieren; im Gegenteil, es wird unser aller Anliegen sein, sie, wenn auch nicht auszumergen, so doch soweit zu mildern, dass sie zumutbar werden. Wenn man bedenkt, dass die gesamtwirtschaftlichen Vorteile beim Mitmachen klar überwiegen und letztlich diese Vorteile dem gesamten Lande zugute kommen, dann muss man einfach einsehen, dass der Bundesrat nicht anders handeln konnte, nicht anders handeln durfte.

Der Bundesrat verzichtet aus Respekt vor dem Volksentscheid vom Mai vergangenen Jahres auf die Anwendung von Dringlichkeitsrecht, auch wenn gute Gründe hiezu vorgebracht werden könnten. Die Kommission teilt auch in diesem Punkt die Meinung des Bundesrates. Gemeinsam hoffen wir, dass das Gesetz in den Räten die Zustimmung findet und potentielle Gegner – in Kenntnis der Situation – auf das Referendum verzichten werden. Damit würde die Einführung der Sommerzeit gleichzeitig mit Deutschland und Oesterreich möglich. Das würde die Situation wesentlich vereinfachen. Die nicht zum erstenmal angewandte Praxis, dass eine Vorlage in der gleichen Session von beiden Räten behandelt wird, ist in diesem speziellen Fall sehr wohl begründet und hat mit Dringlichkeitsrecht, wie dies von Gegnern etwa kritisiert wurde, nichts zu tun.

In der Kommission wurde auch die Frage aufgeworfen, ob nicht das Gesetz dem obligatorischen Referendum unterstellt werden könnte, um die Referendumsfrist ausschalten zu können. Rechtlich ist dies nicht möglich. Nach Verfassung ist dies nur bei Verfassungsänderungen und bei gewissen Staatsverträgen zulässig. Eine Abstimmung vor Ablauf der dreimonatigen Referendumsfrist wäre unzulässig. Wir kennen die Einwände der Gegner. Es werden namentlich folgende Gründe gegen die Sommerzeit angeführt:

1. Die mit der Sommerzeit verbundene Zeitverschiebung hätte für die landwirtschaftliche Bevölkerung zur Folge, dass ihr Arbeitstag verlängert würde. Der Bauer kann seinen Arbeitstag nicht einteilen, wie er will. Mit der Sommerzeit müsste er die Feldarbeit unterbrechen, wenn die Sonne noch hoch steht, damit die Milch rechtzeitig abgeliefert werden kann. Nach der Besorgung des Stalles müsste der Bauer zurück zur Feldarbeit. Wir glauben, dass sich diese Schwierigkeiten weitgehend beheben lassen, nämlich dann, wenn die Molkerei (also die Milchannahmestellen) Hand bieten zu einem Kompromiss. Der Bauer ist nicht gebunden, die Zeitverschiebung in vollem Umfang von einer ganzen Stunde mitzumachen, weil ja keine Anschlüsse ans Ausland gewährleistet werden müssen. Halbstündige Anpassungen beispielsweise brächten für sie eine akzeptable Korrektur der Härten. Landwirte anderer Länder sind übrigens mit den Schwierigkeiten auch fertig geworden oder versuchen, in den Ländern wie Deutschland und Oesterreich, damit fertigzuwerden.

2. Ein zweiter Vorwand: die Zeitverschiebung hätte ungünstige Auswirkungen auf die schulpflichtige Jugend; am Morgen müsste sie früher aufstehen, ginge aber am Abend nicht früher zu Bett. Wir glauben, dass dies eher eine Frage der Erziehung, der Gewohnheit und des Vorbildes ist. Bei kleinen Kindern wird das natürliche Schlafbedürfnis ein Einpendeln an neue Gewohnheiten erleichtern. Bei

grösseren Kindern wird wahrscheinlich das Fernsehen, also «die elektrische Grossmutter», wie man sie bei uns etwa nennt, in dieser Beziehung mehr Unheil anrichten, als dies die Sommerzeit vermöchte.

Passen wir unser Programm nicht zeitlich den Sendezeiten des Auslandes an, dann ist eher Gefahr für ein Hinauszögern des Abschaltens der «Kiste» gegeben.

3. Ein neuer Vorwand: Es bedeute ein Strapazieren der Demokratie, wenn nach dem negativen Volksentscheid jetzt schon wieder mit einer gleichen Vorlage aufgerückt werde. Es sei eine Zwängerei des Bundesrates. Es ist doch aber so: Nicht der Bundesrat will die Sommerzeit einführen und will die Vorlage durchboxen, sondern durch die gegebenen Umstände wird der Bundesrat zum Handeln gezwungen. Er muss uns diese Vorlage unterbreiten. Hätte er nicht gehandelt, würde der Vorwurf bei einem Chaos mit Recht auf ihn fallen.

Was passiert nun aber, wenn die Schweiz nicht mitmacht? Ich will nicht auf alle möglichen Folgen zu sprechen kommen. Gravierend werden die Schwierigkeiten im grenzüberschreitenden Verkehr sein. Herr Direktor Rietmann hat uns in der Kommission praktisch dargelegt, was da passieren könnte. Eine Zeitinsel Schweiz würde unsere Bahnen in der Gestaltung der Fahrpläne in arge Nöte bringen. Mit der Zeitverschiebung stimmen die Anschlüsse mit dem Ausland nicht mehr überein. Ueber die Grenzen durchlaufende Züge könnten nicht mehr geführt werden oder müssten in einer anderen Fahrplanlage verkehren. In einer Fahrplanlage, die vielleicht aber gar nicht zur Verfügung steht, weil der Verkehr im Inland bei uns eben bereits Anspruch nimmt auf diese Verkehrszeiten.

Eine von den SBB ad hoc einberufene Fahrplankonferenz mit den Bahnen Zentraleuropas hat gezeigt, dass sich zum Teil nicht lösbare Probleme ergeben. Klar kam auch zum Ausdruck, dass die ausländischen Bahnen erwarten, dass sich unsere Betriebe anpassen oder dann die Konsequenzen aus dem Alleingang der Schweiz tragen. Der Fahrplan von rund 400 Schnellzügen ist an den Grenzübergängen rund um unser Land auf Anschlüsse mit dem Ausland abgestimmt. Wenn auch nicht alle diese Anschlüsse die gleiche Bedeutung haben, dann müssten, um das heutige Angebot auch nur einigermaßen aufrecht zu erhalten, etwa die Hälfte dieser Züge auf unseren Strecken in einer völlig veränderten, zeitverschobenen Fahrplanlage verkehren. Es wären weitere Züge an diese anzupassen. Es müssen also eine Grosszahl von Zügen in ihrer Lage verändert werden, deren Fahrpläne auf landesinterne Bedürfnisse abgestimmt sind und die in Zusammenarbeit mit den Kantonen und Verkehrsinteressenten aufgebaut worden sind.

Die SBB beurteilen einen solchen Eingriff für die Schweizer Bahn als untragbar.

Eine Alternative wäre, sofern man das in Kauf nehmen will, zusätzliche Züge zu fahren. Erforderlich wäre eine Leistungsvermehrung von rund 6 Prozent oder täglich 10 000 Zugskilometer. Abgesehen von den Kostenfolgen fehlen den SBB hiezu aber auch das Personal sowie die Lokomotiven und die Wagen. Denken wir an die Defizite der SBB, der Privatbahnen, der Busbetriebe, denken wir aber auch an den Personalstopp, der ja so hoch im Kurse steht. Damit könnte bei abweichender Zeitregelung in der Schweiz die heutige Angebotsqualität unserer Bahnen nicht mehr aufrechterhalten werden. Im Gegenteil: das Angebot im Inland, vor allem aber im internationalen Reiseverkehr, aus dem immerhin rund ein Viertel der Personenverkehrseinnahmen erwirtschaftet werden, würde spürbar verschlechtert. Nachteilige Folgen würden sich auch im Güterverkehr ergeben und die ohnehin schwierige Situation unserer Bahnen in diesem Bereiche noch verschärfen.

Bedenklich wäre die Situation in bezug auf die Verständigung der Reisenden über die gültigen Fahrpläne. Es sind um die 300 000 Kursbücher und private Fahrpläne für den laufenden Winterfahrplan verkauft. Dazu kommen die bekannten Fahrkarten mit den Zugverbindungen von Stadt

zu Stadt und über 400 regionale Fahrplanauszüge, alle verteilt in einer grossen Anzahl und alle gültig bis zum 31. Mai 1980. Weil die einheitliche und harmonisierte Sommerzeit bei unseren Nachbarn aber bereits auf den 6. April eingeführt wird, würden die Verkehrszeiten teilweise nicht mehr stimmen. Die Fahrpläne müssten ungültig erklärt werden. Trotz Orientierungshilfen liessen sich Unstimmigkeiten und Fehler nicht vermeiden. Anders ausgedrückt: vom 6. April bis 31. Mai 1980 stimmen unsere Winterfahrpläne nicht mehr mit den Winterfahrplänen des Auslandes überein. Entweder neue Fahrpläne müssen gedruckt werden, das ist nicht mehr möglich, sie wären auch nicht vernünftig, weil ja auf den 1. Juni wieder Pläne erstellt werden müssten, die auf die ausländischen Sommerfahrpläne abgestimmt sein sollten. Die schweizerischen Sommerfahrpläne sind aber längst mit dem Ausland in schweren Verhandlungen abgesprochen worden. Die Frage der Anschlüsse an ausländische Verkehrslinien ist eine sehr subtile Angelegenheit. Wollen wir an zwei einfachen Beispielen darlegen, was etwa passieren könnte.

Aus dem Ausland kommt ein Zug morgens 6 Uhr an der Grenze an, der Anschluss an unser Netz ist mit Abfahrt 6.10 Uhr garantiert. Nun wird die Sommerzeit im Ausland eingeführt. Für die Ausländer bleibt der Fahrplan der gleiche, für sie kommt der Zug weiterhin um 6 Uhr an. Für die Schweiz ist aber erst 5 Uhr. Das könnte damit gelöst werden, dass den Fahrgästen zugemutet wird, dass sie an der Grenze eine Stunde auf die Weiterfahrt warten. Umgekehrt: ein Zug aus der Schweiz oder auch des Transitverkehrs kommt nachts 23 Uhr an der Grenze an. Der Anschluss ist 23.10 Uhr garantiert. Wenn der Nachbarstaat die Sommerzeit einführt, fährt sein Zug weiterhin für das Ausland 23.10 Uhr weg. Wenn aber der Schweizer um 23 Uhr an der Grenze ankommt, wird er feststellen müssen, dass der Zug nach Schweizer Begriffen bereits 22.10 Uhr weggefahren ist. Fremde könnten unter Umständen ihre Weiterfahrt, ihre Heimreise aus dem Reiseland Schweiz nicht mehr fortführen. Auch im Innern des Landes sind Schwierigkeiten in unzähligen Variationen zu erwarten. Für ein zentrales Transitland hätte ein Abseitsstehen Nachteile in grossem Ausmass.

Im Telefonverkehr würden zwei Kommunikationsstunden mit dem Ausland wegfallen. Während der ersten Arbeitsstunde im Ausland würden unsere Büros leerstehen, weil man ja noch nicht arbeitet, die Leute könnten ja auch nicht eine Stunde früher zur Arbeit kommen, weil ihre Verkehrsmittel ja erst später fahren würden. Sie sind auf diese Bedürfnisse abgestimmt. Die letzte Arbeitsstunde in der Schweiz geht verloren, weil im Ausland niemand mehr im Büro ist, mit dem man telefonieren könnte.

Böse Folgen hätte eine unnachgiebige Haltung der Schweiz für den Tourismus. Ich möchte darüber nicht sprechen.

Besonders hart, und das möchte ich hier betonen, um nachher in einem Anschlussgeschäft nicht noch einmal das Wort ergreifen zu müssen, wird es die Grenzkantone treffen. Ich zitiere aus einem Schreiben beispielsweise von Schaffhausen. In der Begründung, warum sie eine Ständesinitiative an den Bund richten, heisst es da: «Vor allem Grenzregionen, wie der Kanton Schaffhausen, würden die direkten Auswirkungen zu spüren bekommen, denn hier bestehen intensive Kontakte über die Grenze hinweg. Zudem ist ein grosser Teil der Kantonsbevölkerung auf die Deutsche Bundesbahn angewiesen. Sollen beispielsweise die rund 2800 Grenzgänger, auf die die Industrie und das Gewerbe des Kantons Schaffhausen angewiesen sind, ab nächsten Sommer zwei Uhren benützen müssen? Wie werden die Verkehrsverbindungen zu den Zeiten des schweizerischen Arbeitsbeginns und -schlusses funktionieren? Die Grenzgänger werden sich überlegen, ob der Arbeitsplatz Schweiz noch interessant genug ist oder ob die Nachteile überwiegen. Fahrplanschwierigkeiten werden sich aber auch für die schweizerischen Arbeitnehmer ergeben, die an Strecken der Deutschen Bundesbahn wohnen, denn die Deutsche Bundesbahn muss ihr Wagenma-

terial nach deutscher Zeit laufen lassen. Sie wird ihr Fahrplanangebot nicht nach den schweizerischen Arbeitszeiten richten können.» So weit zur Sommerzeit.

Die zweite Zielsetzung, die gesetzliche Verankerung der mitteleuropäischen Zeit: Bis nach 1894 galt in unserem Land allgemein die sogenannte Berner Zeit, welche am 1. Juni 1894 durch den Bundesrat als massgebliche und verbindliche Zeit für die Bundesverwaltung, die SBB und die PTT bezeichnet wurde, aber nur für diese drei Gebiete. Diese mitteleuropäische Zeit ist nach wissenschaftlicher Definition die mittlere Sommerzeit des nullten Längengrades plus eine Stunde.

An sich bestünde keine zwingende Notwendigkeit, diese längst eingebürgerte Zeit in einem Gesetz zu verankern, da wohl niemandem in den Sinn käme, von sich aus eine andere Zeitrechnung einzuführen. Der Bundesrat wünscht nun aber, dass in einem Gesetz unsere Zeit genau definiert werde. Man schreibt dort, dass die mitteleuropäische Zeit die Weltzeit plus eine Stunde und die eventuelle Sommerzeit die Weltzeit plus zwei Stunden sei. Nebst dieser gesetzlichen Verankerung könnte theoretisch jeder Kanton für sich eine eigene Zeit einführen und definieren. Nach Bundesverfassung ist der Bund berechtigt, das gesetzlich zu verankern und für das ganze Land verbindlich zu erklären.

Finanzielle Auswirkungen sind weder für den Bund noch für die Kantone zu erwarten, wenn man nicht eine gewisse Mehrbelastung bei der Meteorologischen Zentralanstalt für ziemlich unbedeutend betrachtet. Personelle Auswirkungen ergeben sich nur durch die Anstellung zusätzlicher Hilfskräfte beim Beobachtungsdienst und der Datenverwertung der Meteorologischen Zentralanstalt. Andere Personalaufwendungen gibt es keine.

Die Verfassungsmässigkeit ist durch Artikel 40 Absatz 1 der Bundesverfassung gegeben.

Darf ich Sie zum Schluss darauf aufmerksam machen, dass von den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Schaffhausen Ständesinitiativen in dieser Sache auf dem Tisch des Hauses liegen? Wir werden uns im Anschluss an die Behandlung der Vorlage damit befassen müssen.

Im Namen der Kommission beantrage ich Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und dem Gesetz zuzustimmen.

**Präsident:** Gestatten Sie mir, dass ich in extensiver Auslegung von Artikel 56 des Reglementes in bezug auf die Worterteilung anstelle der Mitglieder der Kommission, die jetzt zuerst zum Wort kommen sollten, dem Vertreter des Nichteintretensantrages sofort das Wort erteile? -- Sie sind so einverstanden.

**Gerber:** Es gibt in unserem Lande zweifelsohne wichtigere Probleme als die mehr technischen und organisatorischen Fragen des Zeitgesetzes. Nun ist aber durch die Ablehnung des Zeitgesetzes durch das Volk im Mai 1978, und zwar gegen stark annehmende Mehrheiten der eidgenössischen Räte, die Frage doch in staatspolitische Dimensionen gewachsen. Von breiten Kreisen wird es als staatspolitisch bedenklich betrachtet, wenn der Bundesrat einhalb Jahre, nachdem das Schweizervolk gegen die Einführung der Sommerzeit gestimmt hat, erneut mit einer Vorlage vor die eidgenössischen Räte tritt. Man spricht von Strapazierung der schweizerischen Demokratie. Man fürchtet um ihre Unabhängigkeit. Ich teile zu einem schönen Teil diese Auffassungen.

Sie werden mir entgegenhalten, dass sich seit der Abstimmung im Mai 1978 nun die Bundesrepublik und Oesterreich für die Sommerzeit entschieden hätten und dass damit grundsätzlich neue Probleme vorliegen. Dem ist entgegenzuhalten, dass gegenüber Frankreich und Italien seit längerer Zeit Zeitunterschiede bestehen, ohne dass die Grenzgänger, die Radiohörer, die Fernsehzuschauer, die Touristen, die Eisenbahnreisenden und die Geschäftspartner dadurch in unzumutbarer Weise belastet würden. Mir scheint, dass auch mit Deutschland und Oesterreich einvernehmliche Lösungen gefunden werden könnten. Minde-

stens müsste der schlüssige Beweis erbracht werden, dass solche Lösungen nicht möglich sind.

Die sachlichen Argumente, wie sie zum Referendum führten und wie sie wahrscheinlich das Stimmvolk überzeugten, bleiben bestehen. Am augenfälligsten wären die Auswirkungen, wie wir das von Herrn Weber bereits gehört haben, auf die Kinder und auf die Landwirtschaft. Der Bauer, vor allem in unseren Graswirtschafts- und Milchwirtschaftsgebieten, muss seine Arbeitseinteilung nach dem Sonnenstand richten. Je mehr der höchste Sonnenstand von der Mittagszeit entfernt ist, desto schwieriger werden für ihn die Probleme. Mit der Einführung der Sommerzeit würde der höchste Sonnenstand von 12.30 Uhr heute auf 13.30 Uhr verschoben. Diese Verschiebung hätte Schwierigkeiten beim Arbeitsablauf sowie vermehrte Energiekosten für die Rauhfuttergewinnung und die Milchkühlung zur Folge. Auch ergeben sich Schwierigkeiten, weil der Bauer seinen Fahrplan auf den Stand der Sonne ausrichten muss, die Umwelt aber ihren Fahrplan um eine Stunde verschieben würde. Der Arbeitstag des Bauern würde verlängert, der Anschluss an das gesellschaftliche Leben erschwert.

Nun hat Herr Weber gesagt, auch die Bauern in unseren Nachbarländern müssten sich einrichten können. Wir wissen, dass die Bauernverbände der Länder Oesterreich und Deutschland gegen die Einführung der Sommerzeit sind, aber sie haben nicht die gleichen demokratischen Möglichkeiten, wie wir das glücklicherweise in unserem Land Schweiz haben. Darum hat sich die Landwirtschaft hier eigentlich breiter bemerkbar gemacht.

Aus all diesen Überlegungen möchte ich Ihnen beantragen, auf das Zeitgesetz nicht einzutreten. Machen wir vorerst einmal den Versuch und schauen uns an, wie sich die Probleme mit Deutschland und Oesterreich mit der Beibehaltung der heutigen Zeit lösen lassen.

**Steiner:** Ich darf Sie um Nachsicht bitten, wenn sich ein Neuling bereits in der ersten Sessionswoche zum Wort meldet. Indessen verrete ich hier, zusammen mit Kollegin Frau Bühler (die nur durch den Willen Gottes und Herrn Alois Pfisters von mir getrennt sitzt), den Stand Schaffhausen, der wie die beiden Basel, wie bereits erwähnt, eine Standesinitiative zu diesem Geschäft eingereicht hat.

Aus dieser Standesinitiative ergibt sich nämlich unser aller Dilemma: Einerseits hat vor anderthalb Jahren auch Schaffhausen diese Vorlage klar verworfen, übrigens mit einer bei uns üblichen Stimmbeteiligung von 75 Prozent, ich wiederhole: 75 Prozent. Andererseits ist in dieser kurzen Zeit, trotz gleichbleibender Argumente, ein Stimmungsumschwung festzustellen. Wir haben in dieser Sache Meinungsforschungen angestellt bei unserer Basis. Dabei sind wir uns alle bewusst, dass es eigentlich ein Jammer und ein Resignieren ist, wenn einzig und allein mit dem einseitigen Akt der baldigen Einführung der Sommerzeit durch unsere Nachbarn Deutschland und Oesterreich unser klarer Volkswille innert dieser anderthalb Jahre torpediert werden soll. Unsern Grenzkanton Schaffhausen sehe ich indessen beim Verharren bei dieser Zeitinsel Schweiz grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten ausgesetzt, mit den vielfältigen Bereichen im traditionellen und regen grenzüberschreitenden Verkehr. Wir denken insbesondere an die Grenzgänger; ich bin Herrn Kollege Weber dankbar, dass er hier diese Argumentation bereits vorgetragen hat.

Diese Argumente wiegen bei uns in Schaffhausen offensichtlich schwerer als zum Beispiel die Probleme einer Sommerzeit in der Landwirtschaft, wie wir soeben gehört haben, oder der befürchteten Missachtung des Volksscheides vom Mai 1978. Wir werden daher der Vorlage zustimmen; im Gegensatz zu meinem Fraktionskollegen Gerber. Das soll in den besten Familien vorkommen, dass man nicht gleicher Meinung ist. Also wir stimmen zu, mit dem ausdrücklichen Bemerkung, dass der Bundesrat für seine rasche Reaktion (und trotz des Verzichts auf Dring-

lichkeitsrecht) nicht Schelte, sondern Anerkennung verdient.

Ein kritisches Wort sei mir zum Schluss doch erlaubt; es richtet sich an uns alle. Die kleine Schweiz mit ihrer geographischen Lage wird nicht müde, international in möglichst vielen Gremien dabeizusein. Es wird in diesem Bereich recht viel gereist und recht viel getagt, und es wird eine Charta nach der andern unterzeichnet. Ja, wir leisten uns sogar fremde Richter und damit das Gegenteil dessen, wofür unsere Vorfahren gekämpft haben. Aber gegenseitige unkomplizierte Gespräche über die Grenze, zum Beispiel ob, wie und wann eine gemeinsame Sommerzeit tunlich wäre, ist man offenbar nicht (oder nicht mehr oder noch nicht) in der Lage zu führen. Auf diese Weise büssen wir nämlich Vertrauen ein beim einzelnen Mitbürger, der ja wie selten bei einem Erlass jeder für sich hautnah betroffen ist durch diese Angelegenheit, auch wenn dieses Geschäft als solches politisch nicht überbewertet werden darf. – Ich danke Ihnen.

**M. Chevallaz,** conseiller fédéral: Il y a quelques années, dans un débat, au Conseil national, sur les problèmes européens, on avait émis ce paradoxe qu'il y avait deux îles en Europe, l'Angleterre et la Suisse; l'Angleterre qui commençait à comprendre qu'elle ne pourrait pas le rester et la Suisse qui était certaine que la Providence lui garantissait ce droit sacré pour l'éternité. Il faut reconnaître que dans de nombreux domaines nous nous sommes glorieusement et peu communément singularisés. Nous avons introduit le suffrage féminin avec à peu près 30 ans de retard sur les autres pays, nous n'avons pas la TVA que tous les autres ont introduite, nous avons le franc le plus lourd, le budget public et les déficits publics les plus légers, encore qu'ils soient suffisants. Nous avons même, dit-on, une armée assez forte pour envisager l'invasion de la France au mois de juin de l'année prochaine si j'en crois la période française *Le Monde*; nous avons même, d'après les nouvelles de ce matin, un espion de première classe pour surveiller les faits et gestes de la dangereuse armée autrichienne. Nous devons donc être un peu plus malins que les autres pour agir toujours différemment. Je me pose dès lors la question de savoir s'il ne serait pas opportun de lancer une initiative pour introduire la circulation à gauche sur nos routes. Ce serait une manière de marquer encore mieux notre originalité.

L'heure d'été pour soi: j'admets volontiers – et j'ai entendu avec intérêt les arguments de M. Gerber – que l'heure d'été a des inconvénients pour les paysans en particulier. Il y aura le foin qu'on récoltera trop tôt dans la journée, l'herbe du soir qui séchera trop vite pour qu'on la livre dans la bonne qualité aux vaches; il y a l'heure de la laiterie, je l'admets bien volontiers. Et pour vous dire le fond de mon cœur, Monsieur Gerber, j'ajouterai ceci: comme les paysans, je gouverne tôt (vous savez ce que c'est que de «gouverner» dans le canton de Vaud. Ici on sait ce que c'est. Dans le canton de Vaud, c'est soigner son bétail). Je gouverne tôt et je verrai sans plaisir aucun s'avancer l'heure sur le cadran. Mais admettons-le, nous sommes obligés de supporter ces inconvénients, évidents pour nous personnellement, pour vous surtout, agriculteurs, si nous voulons sacrifier à une harmonisation horaire européenne. On a parlé des enfants qu'on ne pourrait pas mettre au lit le soir. Je rappellerai que la «fessée» paternelle est encore autorisée dans notre pays et je souhaiterais qu'elle le reste. Les enfants qui se seront ébattus longuement dans les heures de l'après-midi se coucheront quand même à une heure convenable.

Mais l'heure d'été comporte en soi aussi des avantages, il faut bien le reconnaître. Si les autres l'ont introduite, ce n'est pas par pur caprice; ils ont réfléchi, c'est par expérience qu'ils la gardent. Se fondant sur l'expérience des autres, les Allemands, les Autrichiens, les Suédois se rallient aussi à cette nouvelle heure. Les avantages: c'est une économie de courant qu'on ne chiffre pas très haut, il

est vrai, mais qui doit exister tout de même – et vous savez combien l'on insiste sur les économies d'énergie. C'est la possibilité – je crois que c'est encore plus important – de bénéficier du jour une heure de plus, une heure de liberté et de plein air de plus. Les jeunes qui s'ébattent en profiteront et les vieillards qui réchauffent leurs vieux os au soleil le feront aussi une heure de plus. Nous devons en tenir compte.

Mais plutôt que d'apprécier les avantages et les inconvénients de l'heure d'été, je voudrais insister brièvement sur le contexte européen. Il se trouve, il faut quand même le rappeler quelquefois, que nous sommes au milieu de l'Europe, que nous sommes reliés à l'Europe par des trains, par des postes, par des téléphones, par des chaînes de radio et de télévision; nous sommes aussi par excellence un pays touristique. Je sais bien que pour le tourisme, nous avons trouvé, l'année dernière, après l'échec du premier projet devant le peuple, ce slogan qui aurait dû faire merveille mais qui, hélas! n'a pas encore produit d'effet: «Passez vos vacances en Suisse, vous y dormirez une heure de plus.» Mais, je crois qu'en général cette heure singulière ne profitera pas à notre tourisme. Il y aurait surtout des inconvénients, M. Weber l'a démontré d'une manière très précise tout à l'heure, des complications, des difficultés ferroviaires de tout premier ordre, de toute première classe, qui ne seront pas à l'avantage de notre pays, ni de sa réputation d'accueil et d'ouverture.

L'heure d'été ou l'heure actuelle: du pour et du contre, le pour l'emportant quelque peu, l'heure d'été et l'heure suisse, le contraste d'une heure suisse au milieu d'une heure d'été européenne, pas de catastrophe à nous singulariser, mais de très gros inconvénients.

Voilà, sur le fond du problème, les raisons pour lesquelles il nous faut, je crois, nous rallier à l'heure d'été et je crois aussi vite que possible.

J'en viens maintenant à la question de la procédure. Certains auraient voulu, dans un climat de panique, que le Conseil fédéral décide ou fasse décider par les Chambres, par la voie de l'article 89bis, sans référendum immédiat – le référendum interviendrait après – l'introduction de l'heure d'été dès l'été 1980. Nous n'avons pas voulu de cette solution qui, manifestement eût sauté à pieds joints les droits populaires. Une autre solution à l'autre extrême aurait été possible, est d'ailleurs encore possible: c'est de voter dans les conseils, selon la procédure habituelle, l'un des conseils en décembre, l'autre en mars; le délai référendaire de trois mois jouerait et le peuple voterait en cas de référendum au mois de septembre ou au mois de décembre, après avoir fait une année l'expérience de cet horaire suisse singularisé par rapport aux autres. C'était une possibilité de procédure. Mais face aux difficultés auxquelles devront se heurter en particulier les chemins de fer, le Conseil fédéral a choisi une solution moyenne consistant à demander aux deux conseils de voter pendant la session actuelle et de faire courir le délai référendaire. Si pendant ce délai référendaire on ne voit rien apparaître, s'il ne se passe rien disons jusqu'à la fin du mois de février, s'il n'y a pas de référendum, le Conseil fédéral pourra alors mettre en vigueur l'heure d'été 1980. Sur le plan rationnel et pratique ce serait la meilleure solution. En revanche, si le référendum, qui est un droit sacré que nous n'entendons pas contester, se déclenche au mois de janvier ou au mois de février, le Conseil fédéral prendrait la décision d'ajourner l'entrée en vigueur de l'heure d'été, d'attendre le vote populaire qui aurait lieu au mois de septembre ou de décembre encore une fois et, après l'expérience, le peuple se prononcerait en connaissance de cause: voulons-nous maintenir notre heure à nous, ou voulons-nous nous rallier à l'heure européenne?

En tout état de cause, s'agissant de cette procédure, nous n'acceptons pas le reproche de négliger en quoi que ce soit les droits populaires. Nous ne les négligeons pas. Premier point, le droit de référendum reste strictement garanti; deuxième point, une décision populaire, une fois

prise, peut être corrigée par une autre votation populaire, même à bref délai, d'autant que la situation générale a changé. Si les décisions populaires étaient des décisions valables pour l'éternité, beaucoup d'entre nous ne seraient pas ici, les dames, en particulier, attendraient encore une trentaine d'années au moins à l'entrée du Palais fédéral. On peut en appeler au peuple, peut-être mal informé ou informé d'une situation différente en 1978; on peut en appeler au peuple, mieux renseigné sur une situation différente en 1979. Voulons-nous rester une «île horaire» au milieu de l'Europe harmonisée, voulons-nous pratiquer un «splendide isolement» horloger comme disaient autrefois les Anglais? Comme disent les Anglais également: «That is the question.» La question est là en effet.

Nous vous demandons d'entrer en matière et d'approuver notre projet et la procédure que nous préconisons.

**Präsident:** Wir kommen zur Abstimmung über die Eintretensfrage. Es liegen zwei Anträge vor: der Antrag der Kommission auf Eintreten sowie der Antrag Gerber auf Nichteintreten.

#### *Abstimmung – Vote*

Für den Antrag Gerber	6 Stimmen
Für den Antrag der Kommission	32 Stimmen

#### *Detailberatung – Discussion par articles*

#### **Titel und Ingress, Art. 1–3**

##### *Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Titre et préambule, art. 1 à 3**

##### *Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

#### *Angenommen – Adopté*

#### *GesamtAbstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Gesetzentwurfes	36 Stimmen
Dagegen	3 Stimmen

#### 79.205

#### **Standesinitiative des Kantons Schaffhausen Initiative du canton de Schaffhouse**

#### 79.206

#### **Standesinitiative des Kantons Basel-Stadt Initiative du canton de Bâle-Ville**

#### 79.207

#### **Standesinitiative des Kantons Basel-Landschaft Initiative du canton de Bâle-Campagne**

#### **Einführung der Sommerzeit Introduction de l'heure d'été**

Herr **Weber** unterbreitet im Namen der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht:

Gestützt auf Artikel 93 Absatz 2 der Bundesverfassung haben die Kantone Schaffhausen, Basel-Stadt und Basel-Landschaft im November 1979 bei den eidgenössischen Räten nachfolgende Standesinitiativen eingereicht:

**Sechste Sitzung – Sixième séance****Dienstag, 4. Dezember 1979, Vormittag****Mardi 4 décembre 1979, matin**

8.00 h

*Vorsitz – Présidence: Herr Fischer-Weinfelden*

79.075

**Zeitgesetz****Heure suisse***Fortsetzung – Suite*

Siehe Seite 1498 hiervor — Voir page 1498 ci-devant

**M. Wilhelm:** Si le ridicule tuait il est de fait que la Suisse n'existerait plus et cela depuis l'an dernier déjà.

En effet, lors du scrutin référendaire du 28 mai 1978, avec le résultat antilatine que l'on sait, puisque ce sont les Romands et les Tessinois qui étaient les plus gênés par la différence horaire avec la France et l'Italie, les quolibets ne manquèrent pas dans les milieux internationaux de Strasbourg, de Bruxelles, de Genève, de Paris et d'ailleurs, milieux que je suis appelé à fréquenter quelque peu.

«Comment – dit-on dans ces milieux – vous, Suisses, vous laissez au peuple le soin de décider de la mesure du temps? Mais vous êtes complètement fous! Dans nos pays respectifs, cela ne regarde même pas notre parlement mais bel et bien le seul pouvoir exécutif, le gouvernement. Votre démocratie – disent-ils – c'est du démocratism, c'est une exagération de la démocratie et finalement, ce n'est que de la démagogie populacière camouflée, au profit de qui? Au profit, soi-disant, de vos vaches!»

Certes, chacun connaît l'adage de Victor Hugo aux termes duquel l'«e Suisse trait sa vache et vit paisiblement», mais ils serait grand temps de modifier cette image de marque, peut-être bucolique mais combien périmée, et d'éviter le ridicule ici même et devant le souverain.

La décision souveraine de l'an dernier était essentiellement fautive et il n'y a nul scrupule juridique à vouloir la rectifier aujourd'hui – le fer, en démocratie, pouvant toujours être reposé sur l'enclume, à l'instar de ce qui s'est produit pour le suffrage féminin. Il est amer pourtant de constater – et j'ai été heureux hier de remarquer que plusieurs Alémaniques étaient d'accord avec moi – qu'il a suffi que Bonn et Vienne changeassent leur fusil d'épaule pour que l'on s'empressât en haut lieu, alors que l'on faisait la fine bouche hier devant les revendications latines dûment justifiées. La solidarité confédérale ne serait-elle donc qu'à sens unique et n'entend-on à Berne que les seules sirènes wagnériennes, en se gaussant de celles de Rome et de Paris? Pour l'heure – si l'on peut dire! – si la Suisse veut provoquer le plus bel éclat de rire international du siècle, un rire homérique au sens étymologique du terme, alors, refusez cette loi et lancez contre elle un nouveau référendum! Vous aurez ainsi soulagé votre conscience et vos vaches seront bien gardées, comme l'on dit en français; mais alors, soyez prêts aussi à assumer, en dehors de Suisse surtout, cette montagne de fumier corrélatif qui serait bien celle du ridicule!

En conséquence, je vous invite à ratifier la loi sans ambages, conformément, d'ailleurs au postulat que j'avais déposé ici même le 18 mars 1976 déjà.

**Präsident:** Herr Chopard verzichtet auf das Wort.

**Rüttlimann:** Ich hätte Sie am liebsten auch verschont, nachdem Sie nach bald 15 Rednern eigentlich genug gehört haben über die Sommerzeit. Es ist immerhin bemerkenswert, dass diesmal ein anderes Drängen an dieses Pult war als das letzte Mal vor zwei Jahren. Wir vom damaligen Aktionskomitee gegen die Sommerzeit freuen uns ganz und gar nicht darüber, dass wir dieses Problem hier nochmals abwickeln müssen, aber das hat uns ja die BRD mit ihrem merkwürdigen Verhalten beschert; die Regierung der BRD hat immerhin vor zwei Jahren erklärt, sie werde noch einige Jahre die Sommerzeit nicht einführen. Heute stellt sie uns vor ein *Fait accompli*, ohne uns – und namentlich auch unsere Verkehrsbetriebe – konsultiert zu haben. Und wir wehren uns einfach dagegen, wir hätten das Referendum letztes Mal leichtfertig vom Zaune gerissen. Es war immerhin ein gutes demokratisches Recht. Offenbar gilt nun ein neuer europäischer Stil, dass irgend jemand irgendwo in Europa auf einen Knopf drückt, und alle andern Staaten und Menschen in diesen Staaten müssen sich dann beugen und werden einfach gleichgeschaltet. Wer Widerstand leistet, wird kurzerhand als rückständig, unaufgeschlossen und wenig kooperativ bezeichnet. Unter europäischer Integration verstehe ich etwas mehr, als dass einzelne Staaten einfach etwas vom Zaune reissen, ohne sich vorher mit andern darüber zu unterhalten. Eine nüchterne Bilanz hätte nämlich ergeben, dass die Sommerzeit niemandem etwas bringt. Ich habe nie behauptet, sie bringe nur Nachteile, wie das mir unterschoben worden ist, sondern sie bringt meiner Meinung nach niemandem etwas. Ich weiss, das ist eine kühne Behauptung, aber Sie können mich in fünf Jahren, wenn die Sommerzeit eingeführt werden sollte, dann beim Wort nehmen. Sie bringt weder Energieersparnis noch mehr Freizeit oder was immer als deren Vorteile genannt werden. Der Landwirtschaft, um das nochmals zu sagen, bringt sie im Gegenteil eine Verlängerung der Arbeitszeit, weil wir ja die Arbeit nicht niederlegen können, wenn die Sonne noch hoch am Horizont steht. Ich stelle immer wieder fest, dass diese Nachteile nun auch – im Gegensatz zur letzten Verhandlung vor zwei Jahren von höchster Stelle anerkannt werden. Sie werden daher Verständnis haben, wenn wir mit gleichem oder noch etwas mehr Recht uns gegen eine Arbeitszeitverlängerung wehren wie heute männiglich für Arbeitszeitverkürzung kämpft. Der Bauer läuft wegen seiner an sich schon langen Arbeitszeit Gefahr, sich noch mehr zu isolieren. Wenn mit der Sommerzeit die Vereinsproben, die Feuerwehrrübungen, die Behördesitzung oder die Gemeindeversammlung eine Stunde früher beginnt, wird der Bauer erst recht resignieren, was dem öffentlichen Leben sicher Schaden zufügen wird, vor allem in den Landgemeinden. Ich weiss, Sie halten mir entgegen, und es ist gestern wiederholt aufgeworfen worden, schliesslich hätten die italienischen und französischen Bauern und alle andern, die die Sommerzeit schon haben, sich auch damit abfinden müssen bzw. abgefunden.

Dazu ist folgendes zu sagen: Erstens sind alle Bauern in Europa im Grunde gegen die Sommerzeit. Aber sie können sich nicht mit legalen Mitteln dagegen wehren, sie haben keine demokratischen Mittel, wie wir sie glücklicherweise haben. Zweitens müssen wir berücksichtigen, dass wir ein milchwirtschaftlich orientiertes Land sind. Wir haben also verhältnismässig viele Milchwirtschaftsbetriebe, die Dürrfutter herstellen müssen. Sie möchten dies aus Kosten- und Energieersparnisgründen wenn möglich an der Sonne tun. Drittens sind unsere Betriebe klein, das ist deshalb von Belang, weil es sich zum grossen Teil um sogenannte Einmannbetriebe handelt. Die gleiche Arbeitskraft kann also nicht gleichzeitig Stallarbeit verrichten und Heu einführen.

Sie sehen also, und hoffentlich begreifen Sie es auch, dass die Gründe für die Landwirtschaft nach wie vor die gleichen sind, die gegen die Sommerzeit sprechen. Es handelt sich also nicht, wie das immer wieder teils mitleidig, teils



zynisch hervorgehoben wird, um Uneinsicht und um Zwängerei.

Etwas anderes ist die staatspolitische Seite. Es ist gestern viel davon geredet worden, ich möchte mich da nicht mehr auslassen. Sie haben letzte Woche schon einen Brief eines Staatskundeführers aus Zürich erhalten; ich glaube, der sagt genug, dem ist nichts mehr beizufügen. Viele Leute in unserem Volke – und es sind bezeichnenderweise letztmalige Befürworter der Sommerzeit – finden es absurd, dass der klare Volksentscheid eineinhalb Jahre später mit einem Federstrich des Parlamentes verändert werden soll. Es wäre an sich wünschbar, dass der Entscheid, den das Volk gefällt hat, und zwar nicht zufälligerweise und nicht in einem Irrtum – das Volk wusste um was es ging – mindestens durch das gleiche Volk korrigiert werden sollte. Das würde aber dem Referendum rufen. Und ich komme eigentlich ans Pult deswegen, weil ich wiederholt gefragt worden bin, ob wir wieder das Referendum ergreifen würden, wenn die Sommerzeit beschlossen werden sollte. Ich kann Ihnen das nicht sagen; wir könnten ja auch keine Verzichtserklärung zum vornherein abgeben. Ich glaube aber, es geht nicht darum, dass wir mit dem Referendum drohen. Das liegt mir absolut fern. Aber wir müssen unserm Volk dieses Recht nach wie vor erhalten.

Sie haben gesehen: Ich schliesse mich dem Minderheitsantrag an; wir sind ja keine Unmenschen. Wir werden Ihren Entscheid auch demokratisch akzeptieren und deshalb keine Türme umlegen. Aber es wäre vernünftig – nach all den Aspekten, die hier gestern und heute genannt worden sind –, wenn wir die Sommerzeit noch ein Jahr hinausschieben würden. Damit könnten wir erstens Dampf beim Volk ablassen; wir könnten dann die staatspolitischen Einwände berücksichtigen. Es geht ja vor allem, wie das auch mehrmals genannt worden ist, um die SBB und die Swissair; es ist – um das nochmals zu sagen – so, dass die Swissair geschädigt sei, wenn die Sommerzeit schon 1980 eingeführt werde, weil sie die Flugpläne schon längst festgelegt habe, und die Zeitverschiebung sei ohnehin ein Problem, mit dem sie sich tagtäglich zu befassen habe. Aber sie werde wirtschaftlichen Schaden erleiden, wenn die Sommerzeit schon 1980 eingeführt wird. Das hebt sich also gegenseitig auf. Wir verstehen die Einwände der SBB, aber ich glaube doch, dass es vernünftig wäre, wenn allenfalls dies unabdingbar werden wird, dass wir uns auf die Sommerzeit mit einer seriösen Vorbereitung der Flug- und Fahrpläne vorbereiten können. Deshalb sind wir zur Ueberzeugung gekommen, dass ein Abwägen aller Vor- und Nachteile eine gut schweizerische Lösung wäre, und es wird unseren Staat nicht aus den Fugen werfen, wenn wir als Zeitinsel einen Sommer lang zu leben haben. Dann können wir Für und Wider abwägen, und wenn es nicht anders geht, so werden auch wir Bauern uns der Sommerzeit, wenn auch ungern, beugen müssen. Das erkläre ich heute an diesem Pult. Aber ich glaube doch, dass es vernünftig wäre, dass wir nun nicht einfach so dreinschiessen und die Sommerzeit im Eiltempo über die Bühne gehen lassen, sondern noch ein Jahr mit dieser Zeitverschiebung leben. Dann werden wir sehen, ob das so schwere Eingriffe und Nachteile mit sich bringt, dass auch wir die Sommerzeit einführen müssen.

Ich bitte Sie daher, dem Minderheitsantrag der Kommission zuzustimmen.

**Frau Spless, Berichterstatterin:** Ich danke Herrn Rüttimann zuerst für seine massvollen Worte. Ich möchte Ihnen noch einmal sagen, was ich gestern schon gesagt habe: Der einzige Grund gegen die Sommerzeit ist für mich das Argument der Bauern, der Milchbauern vor allem. Man muss da nun einfach abwägen: Wo sind die Nachteile grösser, im Volksganzen oder bei dieser Gruppe von Schweizern, von denen wir ein Opfer verlangen?

Ich habe vor mir einen Ausschnitt aus der «Basler Zeitung» vom 1. Juni 1978, also unmittlbar nach der Abstimmung. Da heisst es folgendes: «In Sachen Sommerzeit ist das letzte Wort noch nicht gesprochen, trotz dem Volks-

entscheid vom letzten Sonntag. Nationalrat Rüttimann, Präsident des siegreichen Aktionskomitees gegen die Sommerzeit, sagte gegenüber der ‚Basler Zeitung‘: ‚Wenn alle vier Nachbarstaaten eine einheitliche Sommerzeitregelung einführen, wird auch die Schweiz wohl oder übel mitmachen müssen.‘ Diese Erklärung überraschte Freund und Feind. Es entspricht genau dem, was Herr Rüttimann heute gesagt hat. Auch er meint: Auf die Dauer kommen wir nicht darum herum. Ich möchte Sie nun bitten, jetzt schon zuzustimmen, denn die Gründe, ausser den Argumenten der Bauern, die gestern vorgebracht worden sind, sind einfach nicht stichhaltig.

Da ist einmal das Argument der Kinder. Herr Jung, wenn das, was Sie gesagt haben, stimmte, dann müssten alle skandinavischen Kinder schwer krank sein, denn die skandinavischen Kinder kennen höchstens drei bis vier dunkle Stunden pro Nacht, müssten also mit einem entsetzlichen Schlafmanko den Sommer überstehen. Ich habe selber Norwegen und Schweden besucht und weiss, dass zum Beispiel die norwegischen Kinder mit ihren roten Backen und ihrem blendenden Aussehen etwas vom Allergesündesten und Erfreulichsten sind, was man in der Welt sehen kann. Das Argument zieht also einfach nicht.

Die strapazierte Demokratie: Ich höre in der Schweiz in allen Beizen landauf, landab die Menschen gegen den Bundesrat schimpfen, der «nichts tut». «Warum tun die eigentlich nichts in Bern, wenn jetzt alle unsere Nachbarn die Sommerzeit einführen?» Das ist auch ein Argument demokratischer Willensäusserung. Es wird in den Beizen so oder so geschimpft. Das ist ganz klar. Ich meine, man muss dem Volk auch sagen können, dass ein Entscheid heute falsch ist, der vielleicht damals, vor anderthalb Jahren, akzeptabel war. Herr Rüttimann hat mit Recht gesagt, dass man damals nicht damit gerechnet hat, die Bundesrepublik Deutschland würde die Sommerzeit rasch einführen, und daher war der Entscheid zumindest vertretbar. Heute wäre er nicht mehr akzeptabel. Ich möchte Sie daher bitten, den Mut zu haben, diesen nachträglich falschen Entscheid jetzt zu korrigieren.

Der Hauptgrund für die Einführung der Sommerzeit ist für mich nach wie vor die Verkehrslage der Schweiz. Wir wissen, dass die Swissair von der Zeitverschiebung nicht sehr begeistert ist. Aber die SBB stehen vor einer Katastrophe. Das ist nun einfach so. Herr Jaeger: 400 Schnellzüge pro Tag, die an den schweizerischen Grenzbahnhöfen abgenommen werden müssen, sind keine Hypothesen, das ist eine Tatsache, die keine Geiss wegschleckt. Herr Oehen hat von Spekulationen geredet. Es sind keine Spekulationen, dass die SBB hier nun etwas tun müssen, wenn diese überraschend vielen Schnellzüge – 400 pro Tag – mit den Schweizer Anschlusszügen verbunden werden müssen.

Natürlich könnte man die entsprechenden Anschlusszüge einfach bereitstellen. Das kostet erstens einen Haufen Geld, das wir nicht haben. Wir haben das SBB-Defizit jedes Jahr wachsen sehen und möchten es sicherlich dadurch nicht noch mehr wachsen sehen. Zweitens haben die SBB personell und materiell gar nicht die Möglichkeit, all diese Anschlüsse zu garantieren. Die Ausländer, die zu uns in die Ferien kommen, und die Schweizer, die reisen wollen, würden dann eben mit den schlechteren Verbindungen rechnen müssen. Das ist sicher.

Herr Oehen, die Schweiz liegt nun einmal im Herzen Europas, und das können Sie nicht ändern. Sofern es Ihnen nicht gelingt, dem Rhein und der Rhone, dem Inn und dem Tessin einen Stopp zu befehlen oder sogar zu befiehlt, dass sie zum Gotthard zurückfliessen, werden Sie mit der Tatsache leben müssen, dass die Schweiz keine Insel ist. Und wenn wir sie künstlich zu einer Insel machen, dann werden wir auch die Folgen tragen müssen.

Herr Kunz hat gesagt, der Volksentscheid vor anderthalb Jahren sei «en connaissance de cause» vorgenommen worden. Nein, das ist er nicht! Herr Rüttimann hat es heute selber bestätigt: Damals glaubte man und war der Meinung, dass es noch Jahre dauern werde, bis Deutschland



die Sommerzeit einführe. Man hat damals von Sommerzeit auf Vorrat gesprochen; das wolle man nicht. Man wollte dem Bund nicht eine Kompetenz auf Vorrat geben. Nun sind wir alle überrascht von diesem neuen raschen Entscheid. Wir können darüber schimpfen, natürlich, wir können uns darüber aufregen, mit gutem Recht: Was nützt es uns? Wir müssen eben einfach nachziehen.

Noch ein Argument, das ich gestern schon erwähnt habe und das ich noch einmal an die Adresse der Welschen richten möchte – für uns Basler gilt es ebenso –: Ich möchte die Welschen daran erinnern, dass nicht nur sie an der Grenze zu Frankreich stehen, sondern auch wir Basler. Die beiden Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Land sind die einzigen Kantone, die mit zwei Grenzen zu leben haben. Dazu noch einmal ein Wort: Wir haben in der Kommission nicht Hearings veranstaltet, sondern wir haben die SBB gebeten, sich vor der Kommission zum Wort zu melden. Die Vertreter der SBB haben uns ganz deutlich gesagt: Als Frankreich und Italien noch ihrerseits Extrazuglein bildeten und die Sommerzeit vor den anderen Ländern einführten, mussten sie sich natürlich nach den europäischen Fahrplänen richten, und darum lagen mindestens fahrplanmässig die Verhältnisse an den Süd- und Westgrenzen in den letzten Jahren nicht allzusehr im argen. Denken Sie auch noch daran, dass zu jener Zeit Italien seine Sondersommerzeit hatte und erst Ende Mai mit der Sommerzeit angefangen hat. Diese Sonderregelung ist jetzt auch aufgehoben.

Natürlich war das Grenzgängerproblem für unsere westlichen und südlichen Bürger, aber auch für uns Basler bisher schon schwer genug zu tragen. Es würde jetzt ohne Neuregelung – mindestens für uns Basler – noch schwerer. Ich möchte Ihnen noch einmal sagen: Die beiden Basel hatten alles Recht, eine Standesinitiative zu ergreifen, denn sie haben dem Zeitgesetz damals zugestimmt. Es mag vielleicht ein wenig sonderbar berühren, dass jetzt der Kanton Schaffhausen (mit einer negativen Volksabstimmung von 1978) kommt, aber Schaffhausen ist ein industrieller Grenzkanton und würde natürlich auch schwer an den Folgen zu tragen haben. Das haben sich die Schaffhauser damals vielleicht nicht genügend überlegt, oder sie haben gedacht, der Zustand bleibe, wie er ist, indem Deutschland nicht mitmacht.

Ich erinnere Sie ferner daran, dass der Ständerat diesem Gesetz fast einstimmig zugestimmt hat. Ich habe jene Debatte mitverfolgt und stellte fest, dass die Frage der sogenannten vernachlässigten oder überforderten Demokratie im Ständerat kaum erwähnt wurde, und ich meine, im Ständerat sässen doch auch Leute mit Verstand und Leute, die das Volk vertreten. Sie haben dieses Argument nicht so überbewertet, wie es einige von Ihnen tun.

Was sollte die Kommission überhaupt tun, wenn Sie Rückweisung beschliessen würden? Natürlich könnten wir ausser den Vertretern der SBB und der Swissair auch noch Vertreter der SRG, Industrielle und Arbeitnehmer aus den Grenzgebieten anhören. Ich glaube indessen, dass dabei nichts herauschaute. Die Meinungen sind gemacht, und es nützt sicher nichts, wenn wir noch lange über das Problem reden.

Noch ein kleiner Hinweis auf die SRG. Jemand hat gesagt, wenn bei uns die Zeit anders läuft als im umliegenden Ausland, hätten wir vielleicht die Chance, die kulturelle Schweiz aufzuwerten. Glauben Sie wirklich, wenn um 19.30 Uhr der Krimi in den Nachbarländern Deutschland, Frankreich und Italien zu laufen beginnt, dass dann unser Fernsehkonsument eines der schweizerischen Programme einschaltet? Wohl kaum! Er wird eine der ausländischen Sendungen verfolgen, was für die schweizerischen Programme zu einem Rückgang der Hörerquote und das wiederum zu einer schlechteren Bezahlung der Werbespots führen wird. Ich weiss, dass man über die Werbespots in guten Treuen verschiedener Meinung sein kann. Ich bin auch kein grosser Freund von ihnen, doch sind sie nun einmal da, um der SRG Einnahmen zu verschaffen, die wir sonst durch

zusätzliche Beiträge berappen müssten. Die SRG rechnet für den Fall der Zeitdifferenz mit 10 Prozent weniger Zuschauern bei Beginn der Abendprogramme. Diesen Umstand dürfen wir auch nicht ausser acht lassen.

Ich bitte Sie also, sowohl den Nichteintretensantrag Oehen wie die verschiedenen Rückweisungsanträge abzulehnen und auf den Gesetzentwurf einzutreten.

**M. Felber**, rapporteur: Je constate que la discussion qui a eu lieu autour de ce projet fait apparaître deux lignes bien définies. Il y a, d'une part, ceux qui sont favorables à l'heure d'été, qui se rangent en principe derrière la proposition du Conseil fédéral, il y a, d'autre part, tous ceux qui sont opposés à l'heure d'été et qui ont choisi des solutions différentes, dont quelques-unes sont modérées. Puis il y en a quelques-uns, dont celui qui vous parle, favorables à l'heure d'été, qui veulent simplement que la solution, choisie par le Conseil fédéral, soit écartée au profit d'une procédure normale. Parmi ceux-ci, je classerai M. Gautier.

Je répondrai à ceux qui nous demandent de ne pas entrer en matière, en particulier à M. Oehen, qu'il est inutile de nous arrêter sur le procès de la légitimité des parlementaires que nous fait systématiquement M. Oehen à cette tribune lorsqu'il veut parler parler lui tout seul, au nom du peuple suisse, et je ne m'arrêterai pas davantage au petit détour démagogique de M. Barchi, qui essayait de nous expliquer que, puisque le peuple s'était prononcé contre l'heure d'été, il était inutile d'y revenir jamais. La légitimité, Monsieur Oehen, vous le savez très bien, est un argument qui peut se retourner contre vous. En 1978, le peuple suisse, qui s'est prononcé contre l'introduction de l'heure d'été, représentait le 49 pour cent des électeurs. Ce 49 pour cent des électeurs était à peu près partagé entre *pro* et *contra*, ce qui signifie que moins de 30 pour cent des électeurs suisses s'étaient, à l'époque, opposés formellement à l'heure d'été. Je crois aussi qu'il n'y a pas lieu, à propos de ce problème, de discuter de notre autonomie, celle-ci n'est pas mise en cause par l'adaptation de notre heure à celle de l'Europe. Si vraiment notre autonomie réside dans ce seul recoin, c'est alors qu'elle est bien mince.

Un autre argument a été utilisé, c'est celui qui consiste à dire que les Français et les Italiens ont bien dû tenir compte et s'adapter à l'heure suisse lors des dernières années. L'heure suisse était celle de la République fédérale allemande jusqu'à présent. Il suffit de savoir que la RFA et l'Autriche ayant introduit l'heure d'été, l'ensemble des pays européens ne tiendra plus compte de la même manière, en tout cas, de l'isolement de la petite Suisse.

Enfin, je considère que les propositions de renvoi au Conseil fédéral telles qu'elles ont été proposées par M. Jaeger, qui va même jusqu'à proposer une attente de trois ans d'expérience, ou par M. Jung qui parle des petits enfants qui ne pourraient pas s'adapter et qui ne dormiraient pas suffisamment, alors même que les spécialistes de la vie nous indiquent qu'en été, nous devrions profiter de l'énergie dispensée par le soleil et la saison pour vivre davantage et dormir en hiver – un peu comme les marmottes. En fait, Messieurs Jaeger et Jung, vous devriez nous proposer de ne pas entrer en matière, vous devriez suivre la proposition de M. Oehen. Vos propositions de renvoi au Conseil fédéral pour consultation, pour expérience, sont en fait des artifices et des combats d'arrière-garde.

Je vous invite à accepter l'entrée en matière et à vous déterminer entre la proposition de la majorité de la commission, qui suit celle du Conseil fédéral, et celle de la minorité à laquelle je me rallie et qui consiste à suivre la procédure normale sans rejeter le fond du problème.

**M. Chevallaz**, conseiller fédéral: Je ferai un rapide bilan des arguments contre et pour l'heure d'été. Les inconvénients sont bien connus, la difficulté des gens qui s'endorment tard à récupérer leur sommeil puisque le réveil les

chassera une heure plus tôt de leur lit, illustrant ainsi la maxime «La Suisse est un pays où on se lève tôt et on se réveille tard»! Et puis les enfants qui, je crois, récupèrent rapidement; une journée plus longue les fatiguera mieux, ils dormiront mieux dès lors. Et je pense que, pour nous mettre d'accord avec Mme Spiess, nous pourrions faire l'économie de «la sainte fessée paternelle». La longue journée les aura fatigués, ils dormiront bien.

Il y a l'agriculture, le décalage entre l'heure officielle et l'heure solaire qui nuit, il faut le reconnaître, aux conditions de certaines récoltes qui pourraient faire travailler plus longtemps une classe laborieuse qui travaille déjà abondamment. C'est le foin récolté trop tôt dans un après-midi trop long, c'est l'herbe du soir fauchée trop tôt, dans un soir qui n'est pas encore le soir, et qui se trouve défraîchie à l'heure du ramassage matinal.

Pour l'aviation, la Swissair vous l'a dit, l'heure d'été contraindra à des atterrissages tardifs, l'année prochaine du moins. Et il faudrait alors, en tout cas, prévoir de nombreuses exceptions au régime horaire de nos aéroports.

L'avantage, il est dans les régions frontalières pour les saisonniers et pour quantité d'entreprises à cheval sur la frontière. L'avantage, c'est que l'on pourra tirer, de l'ensemble de la population à quelques exceptions près, plus largement profit des heures claires pour le travail peut-être, pour les loisirs, pour le sport de fin d'après-midi, pour cultiver son jardin, pour réchauffer les vieux os des sexagénaires. Si nous dressons le bilan, il y a du pour et du contre; si l'on traite l'heure d'été indépendamment du contexte qui nous entoure, le pour, le contre ont des arguments sur lesquels l'on pourrait longtemps dissenter avec, à mon avis, tout de même une préférence pour l'heure d'été.

Mais intervient le contexte européen. Nous ne vivons pas – faut-il s'en plaindre? – dans une île bienheureuse battue par les océans; nous sommes dans l'Europe, nous l'oublions parfois et à tel point que l'on pouvait dire ici, il y a quelques années déjà, il existe deux îles en Europe: l'Angleterre qui commence à comprendre qu'elle ne le restera pas, c'est bien le cas aujourd'hui, et la Suisse qui est certaine qu'elle le demeurera pour l'éternité par une protection providentielle. Eh bien! tout notre environnement européen va pratiquer dès le 6 avril l'heure d'été et il y aura de gros inconvénients pratiques. Ils sont évidents, ils sont éclatants pour les CFF, ils aggravent une situation actuelle déjà compliquée, il est vrai par les heures d'été de la France et de l'Italie. L'heure suisse au milieu de l'Europe tout entière à l'heure d'été pourrait éloigner les touristes. Elle créera des mécomptes, des erreurs, des tracasseries. Le décalage horaire exigera une adaptation de l'horaire des douanes. Je ne sais si le slogan lancé, après l'échec de l'année dernière, «Passez vos vacances en Suisse, vous y dormirez une heure de plus» compensera les difficultés; nous l'utiliserons soyez certains, mais sera-t-il efficace?

Et puis, il y a encore, à côté de ces inconvénients d'ordre pratique, un élément psychologique dans le sens de la coopération européenne, de cet esprit européen que nous célébrons dans les discours en échangeant des drapeaux bleus à étoiles d'or, toutes sortes de solennités, de fraternisations à travers l'Europe. Et je ne sais si notre singularisation horaire sera partout appréciée à la haute valeur d'indépendance que nous lui accordons. A supposer que nous soyons sages, en l'occurrence en voulant conserver l'heure d'été, il faut bien nous rappeler, comme André Siegfried nous le rappelait il y a une trentaine d'années, que «c'est une grande folie que de vouloir être sage tout seul».

Sans doute, nous devons cultiver notre indépendance politique, fiscale aussi. Nous nous singularisons pourtant beaucoup. M. Rubi a rappelé hier à la tribune les exemples que j'avais donnés il y a deux ans: le franc le plus lourd, les budgets les plus légers, le retard mis à l'introduction du suffrage féminin et de l'assurance-vieillesse,

etc. Si nous voulions pousser encore davantage la singularisation, il faudrait peut-être demander par voie d'initiative l'établissement de la circulation à gauche sur nos routes. Aurons-nous bientôt une initiative dans ce sens pour mieux marquer notre différence?

Nous sommes actuellement, face à l'Europe qui nous entoure, en position de force sur le plan économique, avec un franc lourd, avec une très grosse capacité financière, avec une inflation relativement maîtrisée, avec un plein emploi unique en Europe. Mais il pourrait se trouver que les situations évoluent, se renversent et qu'un jour, nous ayons besoin des autres et je doute qu'alors la singularisation en matière d'heure d'été et dans d'autres domaines puisse aider notre pays à obtenir l'aide et la coopération des autres. Le splendide isolement dans lequel les Anglais vivaient il y a cinquante ans pourrait bien un jour ou l'autre nous retomber assez durement sur le nez. Notre situation au cœur de l'Europe ne nous contraint à aucun alignement politique ou fiscal mais, sur le plan purement pratique, l'importance de nos relations avec nos voisins rend sinon indispensable, du moins nécessaire notre adaptation à l'heure d'été, qu'ils ont maintenant unanimement adoptée. C'est l'avis du Conseil fédéral, confirmé par le Conseil des Etats à une forte majorité.

J'en viens au problème de procédure à propos duquel votre commission s'est divisée en deux moitiés: quand et comment faut-il introduire cette heure d'été? Le Conseil fédéral avait en face de lui trois possibilités dans son intention arrêtée de poser de nouveau au peuple le problème de l'introduction de l'heure d'été. La première de ces possibilités consistait à vous demander de vous prononcer en urgence au cours de cette session au sujet de l'introduction de l'heure d'été dès le 6 avril prochain en s'appuyant sur l'article 89bis de la constitution; mais en cas de référendum, le peuple devrait être consulté dans le courant de l'année au sujet du maintien de l'heure d'été ou de la renonciation à celle-ci pour les années suivantes. La solution de l'article 89bis de la constitution fédérale eût été la plus pratique sans doute et aussi la plus rapide mais, malgré la possibilité d'un référendum populaire ultérieur, elle aurait fait peu de cas de la décision populaire du 28 mai 1978 car nous aurions introduit l'heure d'été d'autorité avant que le peuple ait eu l'occasion de se prononcer. Cette procédure aurait ébranlé la crédibilité du Conseil fédéral et du Parlement dans une situation qui, sur le plan pratique, pour gênante qu'elle soit, n'est quand même pas catastrophique ni de nature à mettre la République en danger. Nous avons donc en l'occurrence écarté la procédure d'urgence et renoncé à faire usage de l'article 89bis de la constitution, qui eussent été contraires à l'esprit de la démocratie directe et peu respectueux de la décision populaire prise dix-huit mois plus tôt.

La deuxième solution concilie le désir ou plus précisément la chance de pouvoir agir rapidement et de faire entrer en vigueur l'heure d'été dès le 6 avril 1980 et le respect des droits populaires: les deux conseils se prononceraient ces jours; le délai référendaire courrait dès le 15 décembre et écherrait le 15 mars prochain. Si le peuple fait usage de son droit de référendum d'ici au 15 mars, le Conseil fédéral ne fera bien entendu pas usage de ses pouvoirs et n'introduira pas l'heure d'été en 1980. Il attendra que le peuple se soit prononcé en juin ou plutôt en septembre prochain, ne voulant d'aucune manière anticiper sur la décision que le peuple se serait réservée. En revanche, si aucun référendum n'avait lieu, le Conseil fédéral introduirait l'heure d'été dès le 6 avril prochain.

Cette deuxième solution est celle que préconise le Conseil fédéral, qu'a adoptée le Conseil des Etats et, grâce à Mme Spiess, la majorité de votre commission. Elle ne court-circuite nullement les droits populaires. Elle nous donne une chance d'introduire l'heure d'été déjà l'année prochaine. Elle a l'inconvénient pratique, qui est sérieux, j'en conviens, de nous laisser dans l'indécision jusqu'au mois de mars et d'obliger les CFF à préparer deux horaires.

La troisième solution, qui est celle que préconisait la moitié minoritaire de votre commission, consiste à renvoyer le projet à votre commission pour un complément d'information. Le Conseil national pourrait débattre du problème en mars prochain. L'heure d'été ne serait pas introduite en 1980. Le délai référendaire permettrait, si référendum il y a, une votation en septembre et le peuple se prononcerait ainsi après avoir fait l'expérience d'une saison d'isolement sur le plan de l'horaire. Le reproche de la précipitation de la procédure qui nous est adressé actuellement perdrait ainsi toute justification. L'aviation civile aurait le temps d'adapter ses horaires, comme les organisations agricoles et leurs centrales laitières.

Le Conseil fédéral, comme le Conseil des Etats, est acquis à la nécessité d'introduire l'heure d'été. Il vous demande de rejeter la proposition de non-entrée en matière de M. Oehen, ainsi que les propositions de renvoi au Conseil fédéral de MM. Jaeger et Jung, dont l'adoption, sans apporter beaucoup d'éléments nouveaux par une consultation d'ailleurs déjà faite en son temps, pourrait soit condamner l'introduction de l'heure d'été, soit en retarder l'entrée en vigueur pour des années au-delà de 1980.

Le Conseil fédéral comprend mieux la proposition de minorité de la commission qui, en restituant la procédure parlementaire en deux phases, éliminerait le reproche de la précipitation, nous permettrait une saison d'expérience avant le référendum éventuel ou la décision du Conseil fédéral d'introduire l'heure d'été en 1981.

Pendant, nous devons tenir compte des intérêts des CFF et des PTT dans l'immédiat et, afin de permettre encore l'introduction de l'heure d'été le 6 avril prochain, pour autant que le référendum ne soit pas demandé, le Conseil fédéral comme la majorité de votre commission vous demandent d'entrer en matière et d'approuver le projet de loi. De toute manière, et j'y insiste, que vous choisissiez la procédure proposée par le Conseil fédéral et la majorité de votre commission ou celle de la minorité, les droits populaires sont intégralement garantis car il n'est pas interdit ni contraire à la démocratie directe de présenter au peuple, dans une situation nouvelle, une proposition qu'il a rejetée antérieurement et même si la situation n'est pas entièrement nouvelle, comme ce fut le cas en son temps pour l'AVS et pour le suffrage féminin, cela doit être possible. Car il y a, je crois, un danger pour la démocratie directe, qui doit savoir évoluer, et ce danger serait précisément de figer ses décisions pour l'éternité et de les déclarer irrévocables.

**Präsident:** Damit ist die Eintretensdebatte geschlossen. Herr Oehen stellt den Antrag, es sei auf diese Vorlage nicht einzutreten. Wir stimmen darüber ab.

#### Abstimmung – Vote

Für Eintreten	116 Stimmen
Für den Nichteintretensantrag Oehen	30 Stimmen

**Präsident:** Im weiteren liegen drei Rückweisungsanträge vor.

#### Abstimmung – Vote

##### Eventuell – A titre préliminaire

Für den Rückweisungsantrag Jung	83 Stimmen
Für den Rückweisungsantrag Jaeger	40 Stimmen

##### Eventuell – A titre préliminaire

Für den Rückweisungsantrag Jung	45 Stimmen
Für den Rückweisungsantrag der Kommissionsminderheit	97 Stimmen

#### Definitiv – Définitivement

Für den Antrag der Mehrheit	86 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	88 Stimmen

**Präsident:** Damit ist Rückweisung an die Kommission beschlossen. Die Detailberatung erübrigt sich.

79.205

### Standesinitiative des Kantons Schaffhausen Initiative du canton de Schaffhouse

79.206

### Standesinitiative des Kantons Basel-Stadt Initiative du canton de Bâle-Ville

79.207

### Standesinitiative des Kantons Basel-Landschaft Initiative du canton de Bâle-Campagne

### Einführung der Sommerzeit Introduction de l'heure d'été

Frau **Spliss** unterbreitet namens der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht:

Die Kantone Schaffhausen, Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben im November 1979 bei den eidgenössischen Räten nachfolgende Standesinitiativen eingereicht:

Schaffhausen: Der Bund wird eingeladen, eine Gesetzesvorlage zur Einführung der Sommerzeit zu verabschieden.

Basel-Stadt: Die eidgenössischen Räte werden ersucht, die notwendigen Beschlüsse zu fassen, damit auch in der Schweiz bereits im Jahre 1980 die Sommerzeit eingeführt werden kann.

Basel-Landschaft: Dem Bund wird das Begehren unterbreitet, es sei auf dem ordentlichen Gesetzesweg eine Regelung zu treffen, die die Einführung der Sommerzeit ab 6. April 1980 ermöglicht.

Die Standesinitiativen werden im wesentlichen wie folgt begründet: Die Einführung der Sommerzeit in der Bundesrepublik Deutschland, in Oesterreich und in weiteren europäischen Ländern wird die grenzüberschreitenden Beziehungen erheblich erschweren. Hält die Schweiz an der ganzjährigen mitteleuropäischen Zeit fest, so wird sie in Europa zur Zeitinsel. Vor allem Grenzregionen werden die direkten Auswirkungen zu spüren bekommen, denn hier bestehen intensive Kontakte über die Grenze hinweg. Im internationalen Bahnverkehr sind geradezu chaotische Zustände zu erwarten, die sich auch sehr nachteilig auf die innerschweizerischen Verbindungen auswirken werden. Daneben schafft eine Zeitdifferenz in den Grenzkantonen mit einer grossen Zahl von Grenzgängern schwerwiegende familiäre und organisatorische Probleme. Es muss mit nicht unbedeutenden wirtschaftlichen Schäden gerechnet werden.

Die Kommissionsmehrheit hält dafür, dass unter den gegebenen Umständen eine Wiedererwägung des Volksentscheides von 1978 richtig ist. Eine beachtliche Minderheit hat staatspolitische Bedenken und wünscht vor einer definitiven Beschlussfassung weitere Abklärungen.

Die drei Standesinitiativen bezwecken, die eidgenössischen Räte in die Lage zu versetzen, über die Sommerzeit rechtzeitig die notwendigen Beschlüsse zu fassen. Dies ist mit der Behandlung des Zeitgesetzes in der laufenden Dezembersession, dem bisher der Ständerat und die Kommissionsmehrheit zugestimmt haben, geschehen.

Die Kommission beantragt deshalb, die Standesinitiativen als erledigt abzuschreiben.

**Präsident:** Zu diesen Standesinitiativen ist ein schriftlicher Bericht ausgeteilt worden. Die Kommission beantragt, diese Standesinitiative als erledigt abzuschreiben. Ein anderer Antrag liegt nicht vor. Sie haben so beschlossen.

geheilt werden konnte, im letzten Herbst wieder ausbrach und sehr rasch an seinen Kräften zehrte. Raymond Broger ist am 24. Oktober 1916 in Appenzell geboren worden und hat von seinen Eltern wertvolle Talente mitbekommen, von seinem Vater, der Stickereizeichner war, den Sinn für Kunst und Kultur, von seiner Mutter den wachen Geist, die Kraft des Wortes und seine Weltoffenheit.

Nach dem Gymnasium in Appenzell und in Stans und nach den juristischen Studien in Zürich, Bern und Freiburg, abgeschlossen mit einer Dissertation über den Kantonsrat von Appenzell, wirkte er in den kargen Verhältnissen seines Heimatkantons als Anwalt und Redaktor. Seine Mitbürger zögerten, dem damals recht stürmischen jungen Mann grössere Aemter zu übertragen. 1954 wurde er aber zum Bezirkshauptmann von Appenzell und in den Grossen Rat gewählt, 1960 in die Ständekommission, wo er als Landesführer der Polizei- und Erziehungsdirektor war. 1966 übertrug man ihm zum ersten Mal das höchste Amt des Landammanns, der den Vorsitz in der Regierung und im Grossen Rat führt. Von 1964 bis 1971 gehörte Raymond Broger dem Nationalrat an. Seither vertrat er seinen Kanton im Ständerat.

Der breiten Öffentlichkeit ist Raymond Broger nicht nur als Parlamentarier und Regierungsmann bekannt geworden, sondern zuerst als Radiokommentator in aussenpolitischen Sendungen, als interessanter Debatter am Radio und Fernsehen und schliesslich von 1972 an als Ombudsmann der Privatversicherungen.

Raymond Broger hat sich um Land und Volk, vor allem um den Kanton Appenzell-Innerrhoden verdient gemacht, aber auch auf interkantonaler und eidgenössischer Ebene wertvolle Arbeit geleistet. Er war zum Beispiel einer der vier Weisen, die der Bundesrat für die Abklärung des Jura-Problems berufen hatte, und er wirkte mit in zahlreichen staatlichen und halbstaatlichen Organisationen.

Raymond Broger war eine eigenständige, unverwechselbare Persönlichkeit, die in ihrer Vielseitigkeit gegensätzliche Züge zu einer Einheit zu verbinden wusste, ein anregender Gesprächspartner mit reicher Bildung, grosser Belesenheit und mit festen Grundsätzen, ein hilfsbereiter, verständiger Mensch und seinen vielen Freunden ein wirklich guter Freund.

Im Namen des Rates versichere ich Volk und Regierung von Innerrhoden, die christlich-demokratische Partei und Fraktion und vor allem die Gattin des Verstorbenen, die ihm in Arbeit und Krankheit eine starke Stütze war, unserer herzlichen Anteilnahme.

Ich bitte nun die Mitglieder des Rates und das Publikum auf den Tribünen, sich zu Ehren unserer beiden Verstorbenen von den Sitzen zu erheben.

*Der Rat erhebt sich zu Ehren der Verstorbenen von den Sitzen*

*L'assistance se lève pour honorer la mémoire des défunts*

## **Wahlprüfung und Vereidigung**

### **Vérification des pouvoirs et prestation de serment**

M. Jelmini, rapporteur: Le bureau a examiné le 29 février 1980 l'élection de M. Simeon Bühler d'Unterschappina. M. Bühler remplace notre collègue Ulrich Gadiant qui a été élu au Conseil des Etats par le peuple grison le 10 février 1980. M. Bühler est le premier remplaçant sur la liste du parti de l'Union démocratique du centre (UDC nord). Il a été déclaré élu par le gouvernement de son canton. L'élection a été publiée dans la feuille officielle du canton

des Grisons. Il n'y a pas eu de recours contre l'élection de M. Bühler et il n'existe aucun indice qu'il y ait une incompatibilité avec son mandat. Le bureau propose, à l'unanimité, de valider l'élection de M. Bühler.

**Präsident:** Das Büro beantragt, die Wahl von Herrn Simeon Bühler zu validieren. Ein anderer Antrag wird nicht gestellt. Die Wahl ist somit gültig erklärt. Wir kommen zur Vereidigung.

*Herr Bühler wird vereidigt*  
*M. Bühler prête serment*

79.075

## **Zeitgesetz – Heure suisse. Loi**

Botschaft und Gesetzentwurf vom 14. November 1979  
(BBI III, 1005)

Message et projet de loi du 14 novembre 1979 (FF III, 1001)

Beschluss des Ständerates vom 29. November 1979

Décision du Conseil des Etats du 29 novembre 1979

*Antrag der Kommission*  
Eintreten

*Proposition de la commission*  
Entrer en matière

Frau **Spless**, Berichterstatterin: Sie hatten das Zeitgesetz an die Kommission zurückgewiesen mit dem Auftrag, gewisse Dinge noch näher abzuklären. Die Kommission hat daraufhin eine Reihe von Hearings durchgeführt und sich von verschiedenen Instanzen schriftlich orientieren lassen. Mündlich hörte sie noch einmal – wie schon das erste Mal – einen Vertreter der SBB, und zwar Herrn Rietmann, Direktor der Betriebsabteilung, dann Herrn Haas von der SRG, Herrn Galli von der Swissair, Herrn Gugerli, Präsident des Schutzverbandes der Flughafengemeinden, und Herrn Hans Dickenmann, Vizedirektor des Schweizerischen Bauernverbandes. Schriftlich hat sie alle Grenzkantone der Schweiz um ihre Stellungnahme gebeten, mit Ausnahme der drei Kantone, deren Stellung schon klar war, weil sie eine Ständesinitiative in dieser Sache ergriffen haben. Alle Grenzkantone haben sich eindeutig und mit verschiedener Gewichtung der Argumente für die Einführung der Sommerzeit erklärt, und zwar sobald als möglich.

Bei der mündlichen Befragung waren eindeutig für die möglichst rasche Einführung der Sommerzeit die SBB und die SRG, die SBB aus den Gründen, die wir schon das letzte Mal besprochen haben und die ich darum, glaube ich, nicht noch einmal erwähnen muss, die SRG wegen der Schwierigkeiten von Radio und Fernsehen in bezug auf die Sommerzeit, über die wir uns das letzte Mal schon unterhalten haben.

Gegen die Einführung der Sommerzeit sprachen sich aus: die Swissair – alle europäischen Luftfahrtgesellschaften haben Schwierigkeiten, sich auf die Sommerzeit einzustellen, vor allem wegen der interkontinentalen Flüge, das ist klar –, dann Herr Gugerli im Namen der Schutzverbände der Flughafengemeinden und schlussendlich noch aus Genf eine weitere Gruppe, die offensichtlich nicht angefragt worden ist, obwohl Herr Gugerli anscheinend Präsident aller Flughafengemeinden ist. Herrn Gugerli liegt nicht so sehr an der Sommerzeit, er ist kein Feind der Sommerzeit, er ist nur besorgt darüber, ob die Nachtzeit auch genügend eingehalten wird. Herr Gugerli hofft aber, dass mit der Swissair ein vernünftiger Kompromiss gefun-

den werden kann, der den Anwohnergemeinden der Flughäfen die nötige Nachtzeit garantiert.

Damit zeigt sich die Situation, was die Einführung der Sommerzeit betrifft, kaum anders als sie vor zwei Monaten war, einmal abgesehen davon, dass mit der Verschiebung des Beschlusses auf die Märzsession der Volksabstimmung von vor zwei Jahren mehr Rechnung getragen wurde.

Das Resultat der Abstimmung in der Kommission war dann auch das folgende: Es haben sich sieben Mitglieder für die Einführung der Sommerzeit und drei dagegen ausgesprochen. Mit einer Abstimmung von sieben zu drei habe ich Ihnen daher Zustimmung zur Einführung der Sommerzeit zu beantragen.

Eine Frage, die noch gelöst werden muss, ist die folgende: Bis Mitte September muss der politische Entscheid vorliegen, weil dann die internationalen Fahrplankonferenzen stattfinden, die die Fahrpläne für 1981 festlegen und diejenigen für 1982 diskutieren. Es ist darum nicht denkbar, dass der Nationalrat das Geschäft noch auf eine weitere Session verschiebt, ansonsten die Referendumsfrist ein rechtzeitiges Agieren der SBB verunmöglicht. Mit der heutigen Behandlung dauert die Referendumsfrist bis Ende Juni. Bis dann sollte der Bundesrat einigermassen sehen, wie schwierig die Situation für die SBB ist, wie sich die Swissair mit der Sommerzeit abfinden kann und wie die Bauern sich künftig zu ihr stellen werden.

Weil es uns daran liegt, dass der Bundesrat alle Konsequenzen und Wertungen der Sommerzeit, wenn diese bei unseren Nachbarstaaten eingeführt ist, noch einmal prüfen kann, haben wir in der Kommission – mit allen gegen eine Stimme – beschlossen, ein Postulat mit dem Gesetz zu verbinden, das vorsieht, dass der Bundesrat erst kurz vor dem unmittelbar nötigen Termin die Einführung der Sommerzeit beschliesst. Unser Gesetz ist ja ein Vollmachten-gesetz, das dem Bundesrat das Recht gibt, die Sommerzeit einzuführen; das würde also im August der Fall sein. Zugleich haben wir beschlossen, den Bundesrat zu ersuchen, im Rechenschaftsbericht jedes Jahr über die Erfahrungen mit der Sommerzeit zu berichten.

Damit ist, glaube ich, für den Moment alles Wichtige gesagt. Ich nehme an, dass Sie nicht von mir verlangen, dass ich Ihnen alle Argumente pro und contra, über die wir ja das letzte Mal reichlich diskutiert haben, jetzt noch einmal vorlege. Ich bitte Sie um Eintreten und um Zustimmung.

**M. Felber**, rapporteur: Au mois de décembre, lors de la précédente session, votre conseil avait en fait repoussé une proposition de non-entrée en matière, décidant ainsi d'accepter la discussion sur l'introduction de l'heure d'été, plus exactement sur l'élaboration d'une loi fédérale sur l'heure en Suisse.

La majorité du Conseil national renvoyait la discussion de détail à votre commission, de manière à ce que celle-ci puisse se prononcer sur la base de détails qui lui seraient communiqués par les différents milieux intéressés par ce problème de l'introduction de l'heure d'été. La commission s'est donc réunie le 11 février dernier. Il semble inutile aujourd'hui de rappeler tout ce qui a été discuté déjà dans cette salle; il n'est pas temps de perdre une heure. Je rappellerai donc brièvement que la commission a entendu les représentants de la Direction générale des CFF, de la Direction de la Société suisse de radio-diffusion, toutes deux entreprises qui sont favorables à l'introduction de l'heure d'été pour les motifs qui ont déjà été évoqués par écrit et oralement dans cet hémicycle. Nous avons pris la peine également d'écouter avec attention ceux pour lesquels l'introduction de l'heure d'été pose un réel problème. Il s'agit tout d'abord des milieux de l'agriculture représentés par l'Union suisse des paysans, qui ont rappelé les difficultés que pouvaient présenter, en particulier, l'allongement de la durée du travail dû au fait que l'agriculture suit davantage le cours du soleil que les heures

mesurées à l'aune de l'homme. Ensuite des représentants de Swissair. Nous savons, en effet, que la plupart des compagnies aériennes européennes rencontrent elles aussi un certain nombre de difficultés avec l'heure d'été puisque les liaisons intercontinentales ne peuvent naturellement pas tenir compte de la modification momentanée des fuseaux horaires dans un seul secteur du monde. Enfin, les riverains d'aéroports. Nous avons écouté ceux de Zurich-Kloten qui ont également indiqué ce que cela représentait comme problème pour ceux de la région de Cointrin. Ils se sont catégoriquement opposés à l'introduction de l'heure d'été, craignant de voir diminuer les heures au cours desquelles toute navigation aérienne est interdite sur nos deux aéroports intercontinentaux.

Pesant et soupesant les intérêts de chacun, les intérêts sectoriels quelquefois, et les opposant à l'intérêt général du pays, décidant en outre qu'il était impossible de maintenir la Suisse sous la forme d'une île au milieu de l'Europe, tenant compte également de l'avis de tous les cantons frontaliers qui avaient favorablement accepté et proposé même, par la voie d'initiatives cantonales, l'introduction de l'heure d'été, tenant compte aussi de certains sondages d'opinion qui avaient montré que la population semblait – semblait je dis bien – avoir changé d'avis – c'était le cas d'une manière très précise dans certains cantons – votre commission, par 7 voix contre 3, a décidé d'entrer en matière et d'admettre la loi sur l'heure en Suisse qui en définitive permettra au Conseil fédéral d'introduire l'heure d'été. Il pourra le faire après le délai référendaire de trois mois qui suivra la prise de position du Conseil national et de l'Assemblée fédérale en votation finale, pour autant que nous nous mettions d'accord; cela signifie que le Conseil fédéral ne pourra introduire l'heure d'été que dans le courant de l'année 1981. Mais il est indispensable que notre gouvernement sache quelle décision il pourra prendre et ceci en fonction de la séance de la conférence européenne des horaires qui se tiendra au début de l'automne 1980 et à laquelle participeront les Chemins de fer fédéraux. Il est indispensable que, dès septembre 1980, la direction des CFF soit parfaitement au courant de l'introduction ou de la non-introduction de l'heure d'été à partir de l'année 1981, pour que l'établissement des horaires sur l'ensemble de l'Europe puisse être ainsi décidé, avec la participation active de notre régie de transports publics.

Nous vous invitons donc à suivre votre commission, à entrer en matière et à voter la loi sur l'heure en Suisse qui permettra l'introduction de l'heure d'été dans notre pays.

La commission, par ailleurs, a adopté un postulat qu'elle soumet également à votre approbation. Ce postulat peut sembler sans doute un combat d'arrière-garde puisqu'il demande au Conseil fédéral de bien vouloir tenir compte, avant de prendre sa décision, des expériences qui auraient été faites dans les Etats avoisinants qui auraient, il y a quelques années ou même récemment, décidé l'introduction de l'heure d'été et de peser ainsi les avantages et les inconvénients de cette nouvelle méthode. Mais, d'autre part, ce postulat préconise aussi que le Conseil fédéral devra chaque année, dans son rapport de gestion, indiquer les résultats qu'il a enregistrés, les expériences qu'il a faites et les inconvénients et avantages de ce nouveau système. Nous rappelons également, à cette occasion, que la formule putative qui figure dans le projet de loi permettrait au Conseil fédéral, le cas échéant, de changer d'avis et de suspendre l'heure d'été pour les années qui suivraient.

**Basler**: Von den wirtschaftlichen und politischen Faktoren, die uns der Rat weiter abklären hiess, erläutere ich die beiden Bereiche Flugverkehr und Energie.

Was den Flugverkehr anbetrifft, so sind die wichtigsten Flughäfen der Welt überlastet und die den einzelnen Luftverkehrsgesellschaften zugestandenen Start- und Landzeiten mühsam erhältlich, aber ganzjährig gültig. Nur ein Viertel aller Staaten kennt Sommerzeit und dieselbe mit

20 verschiedenen Start- und Landezeiten. Bei Schweizer Sommerzeit müsste die Swissair bei den massgebenden Interkontinentalflughäfen versuchen, zwei Start- und Landezeiten zu blockieren. Sie schätzt die Ertragsausfälle durch sommerliches Abweichen von der bisher beachteten Standardzeit auf 80 Millionen Franken pro Jahr.

Nun könnte man ja das heutige, also auf Greenwich-Mean-Time basierende Flugplansystem beibehalten; dadurch geraten wir aber von den wirtschaftlichen in die politischen Schwierigkeiten. In der Zürcher Flughafenregion würde die Nachtruhe zwischen 11 und 12 Uhr nachts durch 34 Flüge wöchentlich gestört und während der heute letzten Flugstunde zwischen 22 und 23 Uhr würden die Flugbewegungen um das Zweieinhalbfache zunehmen. Von der Swissair allein wären es mehr als 80 pro Woche. Wegen dichter Besiedlung ist in den Agglomerationen Zürich und Genf auch der übrige Verkehrslärm höher als im Landesdurchschnitt. Daher dürfen zusätzliche Nachtruhestörungen nicht unesehen verlangt werden. Der Flughafen muss von der Bevölkerung getragen werden. Noch dieses Jahr wird vom Zürcher Volk Zustimmung zu einem Kredit von 48 Millionen Franken für Pistenverbesserungen und Standplatzweiterungen verlangt.

Wir stellen also fest, dass der Schutzverband der Flughafengemeinde nicht bereit ist, ohne Kampf den heute erreichten Stand der Nachtruhe aufzugeben, dass es andererseits der Swissair nicht zuzumuten ist, den Ertragsausfall hinzunehmen, den ihr die Sommerzeit bringen würde, wenn ihre Flugpläne unserer Lokalzeit folgen müssten.

Gleichsam als Kompromiss bei mittlerer Unzufriedenheit würde die Swissair vorschlagen, dass alle ihre Flüge um eine halbe Stunde gegenüber Weltzeit verschoben würden. Die Anwohner des Flughafens würden somit ihre Nachtruhe im Winter wohl eine halbe Stunde früher verlieren, aber im Sommer nur eine halbe Stunde später erhalten. Der wirtschaftliche Nachteil dieser Lösung besteht darin, dass es zwei bis drei Jahre dauern wird, bis die Start- und Landezeiten auf allen angeflogenen Flugplätzen neu bewilligt sind und dass bei Abbruch des Experimentes Sommerzeit sie diesen langwierigen Prozess wieder rückgängig auszuhandeln hätten. Im Jahr des Flugplanwechsels entstünden Ertragsausfälle von 30 bis 40 Millionen Franken, nachher würden die Verluste abnehmen.

Und nun zum Hinweis auf Energieeinsparung durch die Sommerzeit. Wir danken hier dem Bundesrat für das durch das Bundesamt für Energiewirtschaft ausgearbeitete, mit vernünftigem Aufwand erstellte Gutachten. Es hält fest, dass der Jahresverbrauch an Energie, wie vermutet, durch die Sommerzeit nur in kleinem Ausmass verändert wird; aber das Vorzeichen ist anders als angenommen. Die Einführung der Sommerzeit bedeutet Mehr-, nicht Minderverbrauch an Energie. Ein Mehrverbrauch an Endenergie von zirka zwei Promille des gesamtschweizerischen Jahresverbrauches bedeutet volkswirtschaftlich auch 20 Millionen Franken Mehrauslagen pro Jahr. Man erfährt aus dieser Studie auch, dass das Belüftungsheu bereits mehr als ein Drittel am gesamten Dürrfutter beträgt. Die Endtrocknung auf dem Felde wird durch Sommerzeit um die wertvollste Tagesstunde verkürzt.

Die grössten Mehrverbrauchsposten an Energie entstehen durch vermehrte morgendliche Uebergangsheizung an den Arbeitsplätzen und abends in vermehrtem Freizeitverkehr. Sie überwiegen die etwa 60 Millionen kWh eingesparte Beleuchtungsenergie.

In unserem Postulat ersuchen wir den Bundesrat, solche wirtschaftlich und politisch aufgedeckten Faktoren mit den Nachteilen abzuwägen, die aus Nichteinführung der Sommerzeit entstehen. Die Nachteile werden wir ab 6. April direkt erleben. Der Bundesrat möge uns daher zusichern, dass er erst so viel Erfahrung mit unserer beibehaltenen Standardzeit sammeln werde, wie ihm zeitlich möglich ist, bevor er über die Sommerzeit 1981 entscheide.

Wird die Sommerzeit doch eingeführt, so werden wir die Reaktionen auch erleben und eine neue Ueberprüfung vor-

nehmen, wie dies das Postulat im zweiten Abschnitt verlangt.

Dieses Zeitgesetz wird nun von der Ratsmehrheit Zustimmung erhalten. Dies nicht aus Begeisterung für Sommerzeit, sondern um Nachteile der Zeitinsel abzuwenden. Daher sind auch in der SVP-Fraktion die Meinungen geteilt. Wir ersuchen den Bundesrat, er möge bei allen Koordinationsgesprächen mit den Regierungen der Nachbarländer auf Abschaffung der Sommerzeit hinwirken, denn die Umtriebe und Schwierigkeiten daraus stehen in keinem Verhältnis zu den Vorteilen. Ich habe in der Dezembersession einige Argumente aufgeführt, die die Sommerzeit für die Schweiz wegen ihrer besonderen geographischen Lage und ihrer Bebauung des Landes erschweren. Sie könnten als Grundlage für solche Gespräche dienen. Ergänzen möchte ich jene Aufzählung besonderer Erschwernisse durch folgende Feststellungen:

Wir haben als kleines Land keinen nennenswerten internen Luftverkehr, der die Grundlage eines Flugnetzes sicherstellt. Als Binnenland sind wir auf die Luftwege zur weiten Welt angewiesen. Wir haben aber den grössten Flughafen in einem Kanton, dessen Siedlungsdichte höher ist als im dichtestbesiedelten Bundesland Deutschlands, also in Nordrhein-Westfalen, und der damit auch eine überdurchschnittliche Lärmbelastung trägt. (Das gilt auch für Genf.) Wir kennen eine weiterreichende föderalistische Grundordnung als irgendwo auf der Welt. Selbst über Tiefbauarbeiten an Flugpisten muss die Zustimmung durch Männer und Frauen des Trägerkantons eingeholt werden. Das Nachtflugverbot ist aus diesem Volkswillen heraus entstanden.

Wir sind an sich schon ein Volk von Frühaufstehern. Wir haben das dichteste Eisenbahnnetz der Welt und darauf einen beträchtlichen täglichen Berufsverkehr mit Frühzügen zu Regionalzentren. Die Spannungen werden grösser, wenn die Fahrplangebundenen (also die Arbeiter, Lehrlinge und Mittelschüler) gezwungenermassen eine Stunde früher ihr Haus verlassen müssen, während jene, die es sich leisten können, auf das individuelle Verkehrsmittel umzusteigen, auf Sommerzeit pochen. Diese geniessen meist auch das Vorrecht gleitender Arbeitszeit, was ihnen individuelles, nicht kollektiv verordnetes Frühaufstehen erlauben würde, wenn sie ihre Freizeit vorverlegen wollen.

Wir geben uns Mühe, durch naturgerechte Architektur und Anleitungen in den Uebergangsjahreszeiten die Sonne so oft wie möglich direkt zur Aufwärmung unserer Arbeitsräume und Häuser zu nutzen. Aber dieses passive Einfangen der Sonnenenergie geschieht mit zeitlicher Verzögerung. Die besonnten Räume sind abends sonnenerwärmt, nicht frühmorgens. Daher ist ein Vorverlegen der Arbeitszeit bei uns energiepolitisch kontraproduktiv. In warmem oder heissem Klima ist das anders. Dort hat Sommerzeit energiepolitisch einen Sinn. So muss in den USA vor allem Energie für Raumklimatisierung gespart werden, denn ihre Verbrauchsspitzen an Elektrizität sind im Sommer grösser als im Winter.

Aus all diesen Gründen sollten all jene, die sich um europäische Zusammenarbeit bemühen, sich auch um die Abschaffung dieses mitteleuropäischen Gesellschaftsspiels mit Zwangscharakter kümmern. Denn wenn die Früchte der engen Zusammenarbeit in Sachzwängen enden, die ein kleines, zentral gelegenes Land gegen seinen Willen in die Lage drängen, Lebensgewohnheiten zu ändern, so fallen Integrationsbemühungen auf steinigem Boden.

In unserer halbdirekten Demokratie ist der Bürger verpflichtet, mitzudenken, gar mitzuentcheiden. Aber auf seine Frage, warum die 6,3 Millionen Einwohner zweimal pro Jahr gleichsam auf Kommando die Uhren verstellen sollen, haben wir keine kräftigere Antwort als die: weil es unsere Nachbarstaaten auch so machen. Auf die Anschlussfrage, warum sie es täten, müssen wir gestehen, dass die internationale Verflechtung offenbar so hoch ist, dass ein Entscheid in Ostdeutschland genügt, um über die Enklave Berlin die Bundesrepublik, und mit dieser Oesterreich, zu diesen Zeitverschiebungen zu zwingen. Ist das der Preis



des Fortschritts? Ich frage: Ist das erhöhte Lebensqualität?

**Günter:** Die unabhängige und evangelische Fraktion opponiert dieser Vorlage nicht. Wir können aber nicht verhehlen, dass bei der Beratung ein ungutes Gefühl uns nicht verlässt, weil wir eindeutig daran sind, gegen einen Volksentscheid anzugehen, der kaum ein Jahr alt ist. Im Gegensatz zu den Behauptungen vieler Kommentatoren, namentlich bei Radio und Fernsehen, bleibt festzuhalten, dass man letztes Jahr haargenau über den nun eingetretenen Fall abgestimmt hat. Es wurde nämlich dem Volke die Frage vorgelegt, ob man dem Bundesrat nicht die Kompetenz geben könnte, die Sommerzeit einzuführen, wenn sie in unseren Nachbarstaaten auch eingeführt werden sollte. Und das Volk hat diese Frage klar mit einem Nein beantwortet.

Der Unterschied zu 1978 besteht jetzt lediglich darin, dass die voraussehbare Entwicklung, wie sie in der Vorlage prophezeit wurde, nun eingetreten ist. Wer etwas anderes behauptet, hat die Vorlage bei der letzten Volksabstimmung nicht gut studiert. Möglicherweise hat sich tatsächlich inzwischen die Volksmeinung gewandelt, vor allem unter dem Bombardement der Argumente für die Sommerzeit in den Massenmedien anlässlich der letzten Debatte in diesem Rat hier.

An diesen Strohalm klammere ich mich hoffnungsvoll, wie andere Redner dann wahrscheinlich auch, wenn ich nun nicht gegen diese Vorlage auftrete, wie ich das eigentlich als Oppositionsmitglied tun müsste. Ganz sicher bin ich aber über die Volksmeinung immer noch nicht. Man könnte sie vermutlich nur herausfinden mit einer neuerlichen Volksabstimmung, und das Resultat könnte unter Umständen überraschend ausfallen.

Es ist mir auch nicht wohl, dass es gerade technische Argumente sind, wie Bahnanschlüsse und ähnliches, die gegen die rechtsstaatlichen Bedenken ins Feld geführt werden. Wir alle wissen um die Gefahren, wenn nach dem Motto «der Zweck heiligt die Mittel» technokratische vor rechtsstaatliche Überlegungen gestellt werden. Die Bedenken sind etwas kleiner geworden, nachdem man sich nun offenbar an das Geschäftsreglement hält und nicht mehr die Vorlage in quasi-Notrecht in einer Session durch beide Räte peitschen will.

Gewiss, die feste Haltung des Nationalrates vom November gibt vorübergehend verschiedenen Institutionen, darunter der SBB, Probleme auf. Aber aus gewissen Gründen wollte unser Volk das offenbar so. Wenn wir uns nun umbesinnen, ist es richtig, dies mit Bedacht zu tun; durch überhastetes Funktionieren und rasches Hüst-hott wird sonst das Vertrauen des Volkes in seine Behörden endgültig erschüttert.

Der jetzt gewählte Weg scheint uns gangbar zu sein, vor allem auch, nachdem das Postulat der Kommission des Nationalrates eingereicht wurde, das wir unterstützen. Friedrich Salzmann hat einmal gesagt, dass die Demokratie ein ständiger Lernprozess sei. Die Sommerzeitvorlage demonstriert die Richtigkeit dieser Aussage, indem sowohl Parlament wie Volk offenbar und ungerne unter dem Zwang äusserer Umstände umdenken müssen. Ich beantrage Ihnen namens der unabhängigen und evangelischen Fraktion Zustimmung zur Vorlage.

**M. Crevoisier:** Le groupe du Parti du travail, du Parti socialiste autonome et des organisations progressistes de Suisse accepte le projet de loi réglementant l'heure en Suisse. Nous l'avons déjà annoncé lors de la dernière session en présentant les arguments économiques et sociaux militant en faveur de l'harmonisation de l'heure légale dans tous les pays européens qui nous entourent. Nous avons également attiré l'attention de ce conseil sur la légitimité des réserves formulées à ce sujet essentiellement par les milieux paysans et sur la nécessité de trouver des solutions aux problèmes pratiques de ces mêmes

milieux. Nous ne reviendrons donc pas sur ces différents points.

Disons d'emblée que nous respectons parfaitement ceux qui restent fondamentalement opposés – pour des motifs tout à fait honorables – à ce que la Suisse mette sa montre à l'heure de l'Europe. En revanche, nous nous moquons gentiment de ceux – et il y en a – qui, de façon très égocentrique, voudraient montrer à nos voisins ce qu'il leur en coûtera de vivre ainsi avec une heure d'avance sur nous. Nous comprenons en outre parfaitement ceux qui, lucides et fatalistes, constatant le retard de la Suisse – qui se mesure en années –, notamment dans le domaine social, se disent avec philosophie: «Qu'importe, dans ces conditions, une heure de plus ou de moins!»

Mais nous ne voudrions pas manquer de nous adresser à ceux qui, en décembre dernier, se sont opposés à l'introduction en 1980 déjà, de l'heure d'été et qui sont aujourd'hui prêts à l'accepter pour 1981. Nous ne pouvons nous empêcher de nous étonner de ce comportement velléitaire. Certains affirmaient vouloir ainsi respecter la décision du peuple qui, quelques mois plus tôt avaient dit non à un projet de loi modifiant les compétences en cette matière. Ces parlementaires ne sauront nous convaincre qu'ils ont aujourd'hui de bonnes raisons de faire abstraction de ce vote négatif du 28 mai 1978. D'autres – et ils l'ont également déclaré à cette tribune en décembre – ont voulu que les citoyens et les citoyennes de Suisse alémanique expérimentent en 1980, comme les Romands et les Tessinois y ont été contraints durant quelques années, les inconvénients d'un décalage horaire. A qui fera-t-on croire que cette attitude de «Schulmeister» punissant des élèves récalcitrants était elle-même très respectueuse du suffrage universel?

Nous nous sommes permis de faire ces quelques remarques parce que d'aucuns ont cru pouvoir nous donner, lors de la dernière session, une leçon de démocratie. Nous voulons donc rappeler que c'est pleinement conscients de leur devoir de parlementaires et respectueux des volontés de leurs mandants que les députés du groupe du Parti du travail, du Parti socialiste autonome et des organisations progressistes de Suisse, après examen de la situation créée par la décision de l'Allemagne et de l'Autriche d'introduire, après la France et l'Italie, l'heure d'été en 1980, avaient en décembre déjà conclu à la nécessité de faire de même en Suisse. Il n'y a aucune raison aujourd'hui qui justifierait un changement d'attitude sur ce point. Nous accepterons donc le projet de loi qui est une nouvelle fois – et nous l'espérons une dernière fois – soumis à ce Parlement.

**Kunz:** Als das Zeitgesetz erstmals in den beiden Kammern beraten worden ist, wurde es als politisches Leichtgewicht betrachtet. Keine Fraktionssprecher traten auf. Seither ist das Referendum, ist die Volksabstimmung über die Bühne gegangen und unser Volk ist für das Zeitgesetz sensibilisiert worden. Tatsächlich wollte man in den Jahren 1977 und 1978 nichts anderes als die gesetzliche Grundlage dafür schaffen, wer eigentlich über die Zeit zu bestimmen hat. Man wollte dem Bundesrat dafür die Kompetenz erteilen. Seither hat dieses Zeitgesetz einen staatspolitischen Aspekt erhalten, jenen nämlich, ob und gegebenenfalls wann sich das Parlament über einen ganz klaren Volksentscheid hinwegsetzen kann und muss, ist uns allen klar, sonst wäre ja das Frauenstimmrecht nicht eingeführt worden. Es handelt sich um eine Frage des Tempos, der Zeit. Meine Fraktion hat seinerzeit das Zeitgesetz quasi einstimmig unterstützt. Im Verfahren hat sie aber die Auffassung geäußert, es sei richtig, wenn man hier nicht den Dringlichkeitsweg oder den überstürzten Weg gehen, sondern wenn man hier das ordentliche Verfahren durchführen würde, auch wenn damit die Sommerzeit auf das Jahr 1980 nicht eingeführt werden kann, mit allen negativen Auswirkungen, die uns allen bekannt sind. Sie ist dabei von einem Wort von Bun-



desrat Ritschard ausgegangen – es wird ihm zugeschrieben, er kann dann selber sagen, ob er es gesagt hat –: Es habe keinen Zweck, über unser Volk zu schimpfen, wir hätten ja kein anderes. Und ich glaube, vor dieser Situation stehen wir heute auch. Wir müssen zwar den Volksentscheid akzeptieren, aber er ist keine heilige Kuh, deren Heiligenschein allzu lange leuchten soll.

Seit der Volksabstimmung sind zwei Sachen eingetreten: nämlich der Entscheid von Oesterreich und von Deutschland, den man vorher annahm, dessen man aber nicht sicher war – das ist eine neue Situation –, und das zweite, dass offenbar seither die Volksmeinung anders geworden ist. Das ist eine unsichere Annahme, die wir nicht allzu stark gewichten sollten. Aber Bundesrat und vorberatende Kommission sind der Meinung, diese beiden Gründe genügten, um jetzt wiederum dem Parlament eine Vorlage zu unterbreiten. Die Vorteile dieser Vorlage sind doch offensichtlich: Fahrplan, öffentlicher Verkehr, Tourismus, Grenzgänger, Fernsehen, das Ansehen der Schweiz, die Zeitinsel usw. Die negativen Aspekte sind, was den Flugverkehr betrifft, bereits durch einen Fraktionssprecher dargelegt worden. Ich möchte hier nur sagen, dass es noch einen weitem negativen Aspekt gibt, nämlich den Aspekt der Arbeitszeitverlängerung in der Landwirtschaft. In den Medien, in der Öffentlichkeit sind diese Ueberlegungen der Landwirtschaft ein wenig lächerlich gemacht worden. Meines Erachtens zu unrecht. Man mutet hier der Landwirtschaft eine Verlängerung ihrer Arbeitszeit zu in einem Zeitpunkt, wo überall sonst in unserem Lande die Tendenz dahingeht, die Arbeitszeit sei zu verkürzen. Bei der Landwirtschaft ist das nicht im gleichen Umfange möglich. Wenn in der ganzen Schweiz die Uhren um eine Stunde vorgerückt werden, so gehen eben die Schulen, die Läden, die Banken, die Arbeitsplätze für die nebenamtlich tätigen Bauern eine Stunde früher auf. Aber am Abend kann der Bauer das Gras nicht unter Sonneneinwirkung schneiden, er muss den Sonnenuntergang abwarten. Auch beim besten Willen muss er zu gewissen Zeiten eine längere Arbeitszeit in Kauf nehmen. Nun gilt es für uns, das Problem abzuwägen. Auf der einen Seite der Luftverkehr und die Landwirtschaft, auf der andern Seite die Vorteile, die wir alle kennen und die Situation in ganz Mitteleuropa. Und da, glaube ich, ist es klar, dass die Waage für das Zeitgesetz gesenkt werden muss, und aus diesem Grunde stimmt unsere Fraktion der Vorlage zu. Sie stimmt auch dem Postulat zu. Wenn mit diesem Postulat bewirkt werden kann, dass das Referendum nicht ergriffen wird und dass uns damit eine neue Volksabstimmung erspart wird und unserem Lande kein Schaden im Ausland erwächst, so ist auch mit dem Postulat bereits viel erreicht, und ich möchte Sie bitten, auch diesen Aspekt bei der Behandlung des Postulates gebührend zu würdigen.

**M. Darbellay:** Le groupe démocrate-chrétien, que je représente ici, accepte le projet de loi tel que présenté. Le renvoi de décembre à la commission, même s'il a été jugé peu opportun par certains, a présenté en tout cas deux avantages. D'abord, il nous a donné l'occasion de connaître plus largement l'opinion publique et nous avons pu voir que cette opinion reste fidèle à deux principes importants de notre démocratie. Tout d'abord en démocratie, les minorités doivent accepter les décisions de la majorité. Un deuxième principe qui me paraît tout aussi important, c'est que les majorités doivent accepter que leurs décisions soient remises en question, spécialement au moment où, comme ici, il se présente des faits nouveaux. Je ne reviendrai pas sur ces faits, ils ont été évoqués à cette tribune.

L'autre avantage de ce renvoi a été de donner au Conseil fédéral l'occasion de consulter les cantons limitrophes. Et nous avons remarqué que tous ces cantons étaient unanimes à soutenir l'introduction de l'heure d'été avec des nuances, bien entendu, puisque se référant à la situation actuelle, certains parlent d'inconvénients et d'autres la traitent de catastrophique. Je pense qu'il ne faut pas voir

de catastrophe là où il n'y en a pas, mais tous les cantons nous rappellent les inconvénients à rester solitaires au milieu de l'Europe. Ces inconvénients touchent les frontaliers, le trafic ferroviaire, le tourisme; même les cantons de Genève et de Zurich, touchés directement par les aéroports, pensent que l'introduction de l'heure d'été a plus d'avantages que d'inconvénients.

Parmi les avantages nouveaux, évoqués lors de cette consultation, je citerai celui qui nous est donné par le monde des affaires, qui nous dit: «Avec la situation que nous sommes en train de créer, pendant une heure le matin, les étrangers ne pourront pas avoir de contact avec nous et, pendant une heure le soir, nous ne pourrions pas avoir de contact avec les étrangers, ce qui fait deux heures mortes pour le monde des affaires.» Je reprendrai encore un argument des CFF, puisqu'on nous a répété également à cette tribune, au mois de décembre, que les CFF avaient bien dû s'adapter aux changements d'horaire de l'Italie et de la France, pourquoi ne s'adaptent-ils pas aujourd'hui à un changement général?

Le problème est ici fondamentalement différent. L'année dernière et les années précédentes, la France et l'Italie changeaient leur horaire d'une manière absolument indépendante. L'une au début d'avril ou à la fin de mars, l'autre à fin mai, si bien que ces pays devaient eux-mêmes s'adapter à la circulation européenne. Tandis qu'aujourd'hui, alors que nous serons seuls à avoir notre heure au milieu de l'Europe, ce sont les CFF qui devront faire l'effort et qui devront éditer un troisième horaire et cette édition devrait se répéter chaque année si nous n'introduisons pas l'heure d'été. Il y a bien entendu des inconvénients à cette introduction, nous en sommes conscients, ce sont les inconvénients qui ont été présentés par les milieux de l'agriculture, ce sont les inconvénients qui ont été présentés au sujet des aéroports. Mais si nous essayons de peser le pour et le contre, nous nous rendons compte que les avantages l'emportent nettement et c'est pourquoi le Parti démocrate-chrétien votera ce projet. Par contre, à cause des problèmes soulevés et des inconvénients, nous demandons également d'appuyer le postulat de la commission pour que le Conseil fédéral attende le mois de septembre et les premières expériences faites avant de décider d'introduire l'heure d'été et pour que, chaque année, il nous rapporte sur les conséquences de cette introduction.

**M. Gautier:** C'est, sauf erreur, la troisième fois que je viens à cette tribune dire que le groupe libéral soutient le projet de loi en faveur de l'heure d'été. Je ne vais donc pas vous redire pourquoi, les autres groupes l'ont suffisamment expliqué. Il nous semble évident que les avantages l'emportent de loin sur les inconvénients même si, lors de notre session de décembre, nous avons soutenu la solution qui consistait à renvoyer à mars la décision.

Si je suis venu quand même à cette tribune, c'est parce que je voudrais, mandaté en partie par le gouvernement de mon canton, poser une question au chef du Département fédéral des finances et des douanes concernant l'aéroport de Cointrin. Monsieur le Conseiller fédéral, vous êtes au courant: l'introduction de l'heure d'été va poser des problèmes très délicats aux aéroports suisses en général et à Cointrin en particulier. En effet, comme le dit une lettre du Conseil d'Etat genevois, l'instauration de l'heure d'été en Suisse aurait des conséquences négatives sur la desserte de l'aéroport de Genève et partant de toute la région environnante, en ce sens qu'elle pourrait entraîner la suppression de certains vols, en particulier de longs-courriers, tout en augmentant les mouvements de nuit. Les horaires des longs-courriers sont conçus et établis en heure GMT alors que la réglementation des vols de nuit sur les aéroports suisses s'exprime en heure locale. Cela revient à dire que les décollages et les atterrissages à Genève en direction de l'Amérique et de l'Afrique du Sud, prévus à 22 h 35, seraient déplacés avec une heure

d'été correspondante après 0 h 30. Cela est tout à fait intolérable et nous avons, tout au moins les députés genevois, reçu déjà des protestations des riverains de l'aéroport dont on ne peut pas ne pas tenir compte.

Alors je voulais vous demander, Monsieur le Conseiller fédéral – je sais que le Conseil d'Etat genevois s'occupe du problème, qu'il est en tractation avec la Swissair – mais ne pensez-vous pas que l'Office fédéral de l'air ou un conseiller fédéral ne puisse aider, par ses bons offices, à régler ce problème avec la Swissair – même s'ils n'ont pas de pouvoir juridique sur celle-ci – car il ne faut ni que l'aérodrome de Contrin soit privé d'atterrissages ou de décollages, ni que les riverains de l'aéroport aient à en souffrir. Il faut trouver une solution. C'est à la Swissair à la trouver mais j'aimerais beaucoup que vous puissiez me dire que le Conseil fédéral est prêt à aider à trouver cette solution.

**Meler Werner:** Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion ersuche ich Sie, der Vorlage zuzustimmen, und zwar mit den gleichen Argumenten wie sie nun wiederholt hier vertreten worden sind. Ich will mich bemühen, nach Möglichkeit nichts zu wiederholen. Gestatten Sie mir dennoch einige Gedanken zur ganzen Diskussion.

Es ist wohl jedermann in diesem Saale klar, dass sich unser Land in der Frage der Einführung der Sommerzeit in einer gewissen Zwangslage befindet. Wir müssen vermeiden, eine Zeitinsel mit allen damit zusammenhängenden negativen Auswirkungen, auf die aufmerksam gemacht worden ist, zu werden. Es wäre ja nicht mehr sinnvoll, über Probleme und Anliegen einer europäischen Zusammenarbeit und deren Intensivierung zu diskutieren, wenn wir uns nicht einmal in dieser Frage zu einem europa-konformen Entscheid durchzuringen vermöchten.

Für die Probleme, die sich für die Landwirtschaft in diesem Zusammenhang ergeben, habe ich alles Verständnis. Ich habe das auch in der Kommission bekundet. Immerhin glaube ich doch hier sagen zu dürfen, dass es sich um Probleme handelt, die zu bewältigen sind. Sie müssen ja auch von den Landwirten in den andern Ländern, die die Sommerzeit haben, bewältigt werden; sie können auch bewältigt werden.

Eine gewisse Schwierigkeit ist soeben erwähnt worden, und zwar für die Flugplatzanwohner. Der Sprecher der Schutzvereinigung der Flughafenanwohner hat diese Probleme dargelegt. Ich war davon eigentlich recht beeindruckt. Es ist nun auch noch ein Schreiben gekommen aus Genf, wo der Wunsch von diesen Flugplatzanwohnern ausgedrückt wird, es sollten auf alle Fälle zwischen 22 Uhr abends und 6 Uhr morgens keine Abflüge mehr erfolgen. Für dieses Anliegen habe ich ebenfalls Verständnis; ich glaube aber, so, wie man dann die Ausführungen des Swissair-Vertreters in der Kommission gehört hat, sollten auch diese Probleme lösbar sein.

Ich möchte lediglich noch darauf hinweisen – es ist ja bei den Grenzkantonen eine Rundfrage angestellt worden –, dass sämtliche Grenzkantone sehr deutlich die Einführung der Sommerzeit aus ihrer besonderen Situation heraus befürwortet haben. Sie haben auch auf ernstzunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten hingewiesen (vom Bahnverkehr gar nicht zu sprechen), die entstehen würden, wenn wir auf die Einführung der Sommerzeit verzichten.

Ein Problem, das hier noch nicht Erwähnung gefunden hat, aber meines Erachtens auch aus menschlicher Sicht von Bedeutung ist, ist jenes der Grenzgänger. Dazu haben sich die verschiedenen Kantone geäußert; es handelt sich um die 40 000 Grenzgänger, die von der Nichteinführung der Sommerzeit recht hart betroffen würden.

Interessant schien mir, dass in der Verlautbarung des Kantons Zürich gesagt wurde, für die Landwirtschaft würden gewisse Nachteile entstehen; die sehr bäuerlichen Kantone Graubünden und Jura hingegen sehen bei der

Einführung der Sommerzeit für die Landwirtschaft keine erheblichen negativen Auswirkungen.

Negative Auswirkungen sind aber bei der Bahn, wenn wir auf die Sommerzeit verzichten würden, vorhanden, und zwar schon jetzt. Ich möchte das nur kurz unterstreichen, um Ihnen ein Bild zu geben, wie die Situation für die Bahn sich präsentiert, welcher unendlicher Arbeitsaufwand notwendig ist, um die Lücke, die jetzt entstanden ist, nachdem der ablehnende Entscheid gefallen ist, einigermassen zu füllen: Die internationalen Züge treffen fahrplanmässig eine Stunde früher an den Grenzbahnhöfen ein und fahren eine Stunde früher weg. Die Schweizer Bahnen hatten nun innert kürzester Zeit die Transitfahrpläne anzupassen, was nur durch eine Aenderung bei den Inlandreise- und Güterzügen möglich war. Besonders stark betroffen wurden die Transitlinien des Gotthards und des Simplons mit ihren Zufahrtslinien. Insgesamt mussten die Fahrpläne für rund einen Drittel sämtlicher Züge geändert werden, das heisst für 360 Schnell-, für 470 Regional- und für 860 Güterzüge neu angelegt und rund 1000 km Zusatzleistung je Tag eingefügt werden. Das ist ein ganz unerhörter Aufwand. Die Bundesbahnen haben uns das klargemacht: Wenn jetzt der Nationalrat wiederum die Vorlage ablehnen würde, dann würde sich diese ganze Prozedur, der sich die Bundesbahnen unterziehen müssten, nochmals wiederholen. Es sind bisher 1400 volle Mann-Tage notwendig gewesen, um alle diese Arbeiten zu verrichten; das würde sich dann wiederholen. Ich glaube, das ist einfach unzumutbar, besonders auch angesichts der Finanzlage unseres grossen Bahnunternehmens.

Ich bitte Sie daher aus allen diesen Gründen, dieser Vorlage nun zuzustimmen. Dann hat die Bahnseite grünes Licht, um an der europäischen Fahrplankonferenz im September dieses Jahres mit den konkreten Fahrplanvorschlägen für das nächste Jahr bereit zu sein.

**Präsident:** Es folgen nun die persönlichen Sprecher.

**Rüttimann:** Ich komme wie Herr Gautier nun auch zum drittenmal in dieser Frage an das Pult. Nicht deshalb, um unsere Engstirnigkeit, Uneinsichtigkeit und Sturheit erneut zur Schau zu tragen, wie sie uns der schweizerische Blätterwald im vergangenen Dezember zur Genüge zugegedacht hat. Solche Schmeicheleien muss man in der politischen Szene, die nicht immer mild ist, ertragen können. Gegen was wir uns aber wehren, ist die Behauptung, es gelte heute, einen Fehlentscheid des Volkes von 1978 zu korrigieren. Wenn Sie dieser Vorlage zustimmen – und das scheint der Fall zu sein –, so tun Sie das meiner Meinung nach nicht deshalb, weil es ein falscher Entscheid des Volkes war, sondern weil seit diesem letzten Entscheid offenbar andere Umstände eingetreten sind. Wir wären nicht zu stolz, einen Irrtum einzugestehen, aber die Gründe, die wir von jeher von der Landwirtschaft dagegen angeführt haben, sind heute noch genau die gleichen. Kollege Kunz hat vorhin freundlicherweise diese erneut angeführt. Ich will Sie vor einer Wiederholung bewahren. Man kann sich natürlich auch auf den Standpunkt stellen, die Bauern arbeiteten sowieso lange und hart, es komme auf eine Stunde mehr oder weniger nicht an. Leider sind wir aus beruflichen Gründen nicht in der glücklichen Lage, einen Drittel unserer Zeit für Ferien und Freizeit verwenden zu können, und deshalb wehren wir uns gegen dieses Vorhaben, die Arbeitszeit zu verlängern. Das werden Sie sicher begreifen. Wir wehren uns mit dem gleichen Recht, wie sie kürzlich der VPOD, Gruppe Bundespersonal, vernehmen liess: er wehrt sich für mehr Ferien, Freizeit, Teuerungszulage und schliesslich noch für Reallohnverbesserungen. Es kann deshalb auch uns nicht verargt werden, wenn wir uns für unsere Sache wehren. Uebrigens sind es nicht nur die Bauern, die sich zur Wehr setzen; auch die Erzieher, die Aerzte, die Swissair und die Flughafenanwohner sind heute schon mehrmals genannt worden. Letztere haben vor der Kommission beredete Klage geführt

durch ihren Präsidenten. Ich glaube, dass unsere lieben Flughafenwohner zu spät kommen; sie hätten sich früher wehren sollen. Die Mehrheit des Schweizervolkes und des Parlaments ist offenbar nicht mehr bereit, das geneigte Ohr ihren Anliegen zuzuwenden; es sei denn, man nähme die andere Konsequenz in Kauf, nämlich dass die Swissair, wie sie geschildert hat, im Extremfall 80 Millionen Franken Ertragsausfall erleiden würde wegen Fallenlassens von Flügen in der lärmverbotenen Zeit. Ausgerechnet einem privatwirtschaftlich gutgeführten Betrieb mutet man das ohne Wimpernzucken zu, der glücklicherweise noch in den schwarzen Zahlen steht.

Wenn Sie aber nun die Sommerzeit einführen, d. h. mit dieser Vorlage dem Bundesrat die Kompetenz geben, auf die er verständlicherweise schon längst sehnlichst wartet, so bitte ich Sie, dem Postulat doch zuzustimmen, das Ihnen die Mehrheit der Kommission unterbreitet hat. Es geht darum, dass der Bundesrat auch in Zukunft die nachteiligen Auswirkungen für bestimmte Bevölkerungskreise verfolgt und allenfalls mit Nachbarländern wieder einen Schritt zurückmacht von dieser unnötigen und fragwürdigen Massnahme der Sommerzeit – ich wage dies zu behaupten –, weil die Expertise über die Energieersparnis eindeutig zu einem andern Schluss gekommen ist. Ich behaupte also, dass die Einführung der Sommerzeit eine fragwürdige Massnahme ist; man sollte so beweglich sein, den Schritt zurück zu machen, wenn andere Länder auch finden, man hätte damit nichts erobert.

Wir haben Ihnen keinen Antrag gestellt, aber wir werden uns in der Schlussabstimmung gegen die Vorlage wenden.

**M. Grobet:** Lors du scrutin sur le premier projet d'heure d'été, le canton de Genève avait été très largement favorable à cette adaptation de notre horaire à celui des autres pays européens. C'est évidemment aux endroits les plus proches des frontières que l'on se rend le mieux compte des problèmes que pose la disparité qui existe entre les horaires des différents pays européens et des raisons pour lesquelles il est impensable que notre pays ne s'aligne pas sur les autres pays. On ne peut à ce sujet que regretter que l'horaire d'été n'ait pas été introduit cette année déjà dans notre pays et notre Parlement aurait dû faire preuve de plus de courage à cet égard.

Dans l'immédiat, plusieurs problèmes vont se poser à part celui des liaisons de chemins de fer. Il y a entre autres le problème du trafic aérien, qui préoccupe particulièrement les cantons de Bâle, Zurich et Genève et au sujet duquel je me permets de dire quelques mots.

Tout à l'heure, M. Gautier s'est exprimé à propos du problème des vols longs-courriers avec les pays d'outre-mer, mais celui des courts- et moyens-courriers qui relie la Suisse avec les pays européens nous préoccupe encore davantage. Le décalage horaire entre la Suisse et les autres pays européens aura pour conséquence en Suisse de retarder l'arrivée et le départ des avions à destination des autres pays européens.

Or, vous savez que la loi fédérale sur la navigation aérienne prévoit des restrictions de vol à partir de 22 heures et une interdiction absolue à partir de 24 heures. Le refus de notre assemblée d'adopter l'heure d'été pour cette année déjà pourrait avoir pour conséquence une augmentation du nombre des vols de nuit, c'est-à-dire des vols après 22 heures, ce qui ne serait pas juste à l'égard des riverains des aéroports et il faut l'éviter, cela d'autant plus que les cantons sur le territoire desquels ils sont situés s'étaient prononcés en faveur de l'heure d'été en votation populaire. Ce n'est pas à ces riverains de faire les frais de la décision qu'a prise en son temps la majorité du peuple suisse.

J'invite en conséquence le Conseil fédéral à veiller à ce que l'Office fédéral de l'air n'accorde pas de dérogations en ce qui concerne les vols de nuit et intervienne énergiquement auprès de Swissair ainsi que des autres compagnies aériennes, afin d'obtenir si nécessaire la modifica-

tion de leurs horaires et d'éviter ainsi que le nombre des vols à partir de 22 heures augmente l'année prochaine.

**Müller-Scharnachtal:** 27 europäische Staaten leben im kommenden Sommer nach elf verschiedenen Zeitvarianten. Die Schweiz gehört indessen zu jenen fünf Staaten, die in diesem Jahr keine Sommerzeit haben werden. Das vordringliche Interesse unseres Landes liegt – das ist, glaube ich, jetzt deutlich klargeworden – nicht in der Einführung der Sommerzeit, sondern in einer den ganzen westeuropäischen Raum umfassenden harmonisierten Zeitregelung. Von den vier schweizerischen Nachbarstaaten stellen die Bundesrepublik, Oesterreich und Italien ihre Uhren vom 6. April bis 27. September 1980 auf Sommerzeit um; Frankreichs Uhren gehen ab 6. April ebenfalls um eine Stunde vor, werden jedoch erst am 30. September wieder zurückgestellt. Die Schweiz wird für diesen Sommer als Insel ihrer eigenen Zeit nachleben. Solche Inselstellungen – so würde ich meinen – sind zwar für unser neutrales Land in politischer Hinsicht seit jeher eine Selbstverständlichkeit, sie prägen sogar das Bild unseres auf Unabhängigkeit bedachten Staates. Doch bei der Sommerzeit geht es nicht um eine ethische oder gar moralische Grundsatzfrage, sondern ausschliesslich um einen praktischen Sachverhalt, bei welchem der schweizerischen Eigenständigkeit als solcher kein zu grosser innerer Wert zukommt. Die Frage geht vor allem dahin, ob wir es uns angesichts der engen wirtschaftlichen Verflechtung mit unseren Nachbarländern leisten können, der Tradition und den durchaus respektablen Bedenken, beispielsweise der Landwirtschaft, zu folgen und in der Zeitfrage abseits zu stehen.

Erstrebenswert ist – auch für die Schweiz – eine harmonisierte europäische Zeitregelung, wie sie diesen Sommer zehn Staaten haben. Zu einer solchen Regelung können auch jene Länder Hand bieten, deren Uhren nicht nach MEZ, sondern nach OEZ oder nach GMT gehen, indem sie ihre Uhren zum gleichen Zeitpunkt wie die andern MEZ-Länder auf Sommerzeit umstellen. Indessen bedeutet die Einführung der Sommerzeit ab nächstem Jahr alles andere als eine Ideallösung. Viel eher stehen wir unter Druck, von zwei Uebeln das kleinere zu wählen. Die hier mehrmals aufgezählten negativen Aspekte für die Landwirtschaft, unseren Luftverkehr, die Meteorologische Zentralanstalt, für die Begünstigung von Schwarzarbeit und so weiter sind bekannt. Andererseits überwiegen meiner Auffassung nach die positiven Aspekte beim internationalen Eisenbahnverkehr, beim Güter-, Post- und Nachrichtenverkehr mit dem benachbarten Ausland, im täglichen Leben der rund 50 000 Grenzgänger, bei unseren Fernsehzuschauern und Radiohörern und schliesslich beim Tourismus, so das ganz allgemein wesentliche Vorteile und Erleichterungen herauszusehen werden. Nur schon das Beispiel der SBB, wonach diese bei Nichteinführung der Sommerzeit jährlich drei grundlegend voneinander abweichende Fahrpläne bearbeiten und publizieren müssten, zeigt, dass es jetzt wohl oder übel Zeit für die Sommerzeit ist.

Ich bitte Sie, Eintreten zu beschliessen.

**M. Robbiani:** Intervengo in italiano anche per ringraziare dell'aumento del contributo federale per la difesa della cultura italiana. La cultura non si difende, si promuove; e la cultura italiana non si sovvenziona, si pratica. Come per la cultura italiana, l'ora estiva è una questione di solidarietà. Ma solidarietà con chi? Con gli europei, con i tedeschi? O solidarietà confederale? Solidarietà con gli operatori turistici e i servizi di trasporto, o solidarietà coi contadini? Si può fare anche dell'ironia sulle mucche svizzere abituarie, ma è innegabile che l'ora legale prolunga la giornata del contadino. I ferrovieri hanno delle difficoltà, i contadini hanno dei problemi.

Sono molti del resto a interrogarsi sull'utilità economica dell'ora estiva. Il risparmio energetico, secondo i calcoli, sarebbe dello 0,2 per cento. Sembra che sia una moda più

che un'esigenza di risparmio energetico. C'è anche chi non condivide la procedura adottata con il decreto d'urgenza, con il «Nein» detto a romandi e ticinesi quando chiedevano la normalizzazione con l'Italia e la Francia, e la procedura d'urgenza quando la Germania, la Germania dell'Est anzi, e l'Austria hanno deciso di ritoccare le lancette.

C'è chi dubita perfino delle argomentazioni addotte, in particolare della difficoltà o dell'impossibilità di diffondere d'estate dei programmi televisivi europei. Se i «Giochi senza frontiere» saranno diffusi in differita e non in diretta, l'integrazione europea non sarà minacciata!

Personalmente ho votato contro la procedura d'urgenza poiché non si può soltanto piagnucolare sul tasso di partecipazione o piuttosto di non-partecipazione, e ieri questo tasso è stato del 66 per cento ed è stato un cattivo omaggio alle 300a votazione popolare della Confederazione contemporanea. Non si può piagnucolare sulla non-partecipazione e poi umiliare e disattendere la democrazia diretta.

Adesso voterò a favore poiché la normalizzazione è nelle attese popolari (vedremo se della maggioranza o della minoranza qualificata), poiché due anni e mezzo dopo una volontà popolare può ragionevolmente essere cambiata, perché la democrazia diretta deve rispettare e forme e contenuto ma anche la democrazia diretta è dinamica e non statica, perché i cantoni sono pregiudicati e specialmente i cantoni di confine. Il cantone Ticino non sarà pregiudicato da quest'anno, ma è pregiudicato da sei anni, da quando è stata introdotta l'ora estiva in Italia. Ma voto con una piccola riserva mentale, e la riserva è questa: tutti dovrebbero essere coscienti e riconoscere le ragioni, se non i buoni diritti, dei contadini. I contadini, d'altro canto, dovrebbero praticare quella che è la loro filosofia tradizionale: il buon senso. Il Parlamento registri che ancora una volta i contadini danno prova di buon senso e di solidarietà confederale, e riservi qualche cosa di più dell'ironia sulle mucche e delle sovvenzioni alla Svizzera agricola. Non si tratta di risarcire il fuori-orario estivo, ma di considerare anche questo plus-lavoro quando si discuterà di politica agricola. Considero inoltre pertinente la seconda parte del postulato della commissione, laddove si invita a riferire ogni anno nel rapporto di gestione sulle conseguenze positive e negative del cambiamento d'orario, mentre la prima parte la considero un ulteriore tentativo di bloccare le lancette. Infine, ricordando ancora la votazione di ieri e il 66 per cento di astenuti, vorrei che l'astensionismo fosse invocato quale giustificazione della reticenza di quanti, in novembre, votarono no per far rispettare i diritti popolari. E bisognerà preoccuparsi anche dell'ora che segna la nostra democrazia diretta: un'ora ormai ritardata.

**Bundesrat Ritschard:** Es sind hier alle Argumente für und gegen diese Vorlage dargelegt worden. Ich kann Ihnen namens des Bundesrates zusichern, dass wir gewillt sind, laufend alle Vor- und besonders auch alle Nachteile dieser Sommerzeit zu überprüfen. Ich glaube, darauf haben alle jene Anspruch, die hier aus achtbaren Gründen Bedenken angebracht haben. Ich kann Herrn Gautier und Herrn Grobet zusichern, dass das Luftamt jetzt schon den Auftrag erhalten hat, den ganzen Fragenkomplex bezüglich der Sperrzeiten, vor allem in der Nachtzeit, mit der Swissair zu besprechen. Ich glaube, die Hoffnung ist berechtigt, dass man hier zusammen mit unserer nationalen Fluggesellschaft Lösungen finden wird, die zu nicht allzu grossen Nachteilen führen werden.

Es wird unsere Pflicht sein, die Frage der Weiterführung der Sommerzeit, für den Fall, dass sie einmal eingeführt wird, laufend neu zu überprüfen und jedes Jahr wieder darüber Beschluss zu fassen. Wir sind auch gewillt, die internationale Entwicklung auf diesem Gebiet laufend zu beobachten, die selbstverständlich auch unsere Entscheidungen jeweils beeinflussen wird.

In diesem Sinne kann ich Ihnen erklären, dass wir das Postulat der Kommission entgegennehmen.

*Entreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*

*Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière*

*Gesamtberatung – Traitement global du projet*

**Titel und Ingress, Art. 1–3**

**Titre et préambule, art. 1 à 3**

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Gesetzentwurfes

117 Stimmen

Dagegen

30 Stimmen

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

**Ad. 79.075**

**Postulat der Kommission des Nationalrates.**

**Sommerzeit. Beschlussfassung und Berichterstattung**

Der Bundesrat wird eingeladen zu prüfen, ob es nicht angezeigt wäre, seinen Entscheid über die Einführung der Sommerzeit erst zu treffen, wenn erste Erfahrungen aus der Nichteinführung vorliegen, also kurz vor der Europäischen Fahrplankonferenz im September 1980.

Führt er die Sommerzeit ein, so wird er ersucht, im Geschäftsbericht jährlich über die Auswirkungen zu berichten.

**Ad 79.075**

**Postulat de la commission du Conseil national.**

**Heure d'été. Décision et rapport**

Le Conseil fédéral est invité à examiner s'il ne serait pas opportun de reporter sa décision sur l'introduction de l'heure d'été à une date proche de la réunion de la conférence européenne de l'horaire, lorsqu'on disposera des premières constatations faites durant une période vécue sans changement d'heure.

Si l'heure d'été devait être introduite, le Conseil fédéral serait invité à s'exprimer chaque année, dans le rapport de gestion, sur les conséquences de ce changement d'heure.

**Präsident:** Wir behandeln noch das Postulat der Kommission. Wird es aus der Mitte des Rates bekämpft? – Das ist nicht der Fall.

*Ueberwiesen – Transmis*

79.404

**Interpellation Hubacher**

**SKA-Prozess und alt Bundesrat Celio**

**Procès du Crédit Suisse.**

**Ancien conseiller fédéral Celio**

*Siehe Jahrgang 1979, Seite 1398*

*Voir année 1979, page 1398*

*Diskussion – Discussion*

**Bundesrat Ritschard:** Ich habe nur eine kurze Erklärung abzugeben. Der Bundesrat hat in der Beantwortung der

**Bundesgesetz B – Loi B***Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Gesetzentwurfes 30 Stimmen  
Dagegen 5 Stimmen

*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*

---

79.082

**Eidgenössisches Versicherungsgericht.  
Zahl der Gerichtsschreiber  
Tribunal fédéral des assurances.  
Nombre des greffiers**

Siehe Seite 71 hiervor — Voir page 71 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 21. März 1980  
Décision du Conseil national du 21 mars 1980

*Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Beschlussentwurfes 30 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*

---

79.075

**Zeitgesetz – Heure suisse. Loi**

Siehe Jahrgang 1979, Seite 532 — Voir année 1979, page 532

Beschluss des Nationalrates vom 3. März 1980  
Décision du Conseil national du 3 mars 1980

*Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Gesetzentwurfes 34 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Nationalrat – Au Conseil national*

---

**Präsident:** Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Sie auf Ihrem Pult die Vorschau für die Session vom Sommer 1980 vorfinden.

Ich stelle fest, dass wir alle Geschäfte erledigt haben. Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen für die glänzende Mitwirkung an der speditiven Erledigung unseres Programms den herzlichsten Dank auszusprechen. Wir werden uns am 2. Juni wieder sehen. Inzwischen wünsche ich Ihnen frohe Ostern und eine gute Heimkehr.

*Schluss der Sitzung und Session um 8.10 Uhr*

*Fin de la séance et de la session à 8 h 10*

**Bundesgesetz B – Loi B***Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Gesetzentwurfes 30 Stimmen  
Dagegen 5 Stimmen

*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*

---

79.082

**Eidgenössisches Versicherungsgericht.  
Zahl der Gerichtsschreiber  
Tribunal fédéral des assurances.  
Nombre des greffiers**

Siehe Seite 71 hiervor — Voir page 71 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 21. März 1980  
Décision du Conseil national du 21 mars 1980

*Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Beschlussentwurfes 30 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*

---

79.075

**Zeitgesetz – Heure suisse. Loi**

Siehe Jahrgang 1979, Seite 532 — Voir année 1979, page 532

Beschluss des Nationalrates vom 3. März 1980  
Décision du Conseil national du 3 mars 1980

*Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Gesetzentwurfes 34 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Nationalrat – Au Conseil national*

---

**Präsident:** Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Sie auf Ihrem Pult die Vorschau für die Session vom Sommer 1980 vorfinden.

Ich stelle fest, dass wir alle Geschäfte erledigt haben. Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen für die glänzende Mitwirkung an der speditiven Erledigung unseres Programms den herzlichsten Dank auszusprechen. Wir werden uns am 2. Juni wieder sehen. Inzwischen wünsche ich Ihnen frohe Ostern und eine gute Heimkehr.

*Schluss der Sitzung und Session um 8.10 Uhr*

*Fin de la séance et de la session à 8 h 10*